

# Volksrecht

für Schlessen · Organ für die werktätigen

**K.-P.-Zeitung**  
nicht „Material gegen  
den Schandvertrag“  
Eine selbstame Aktion im Dienste der  
Kriegsgeiseln  
Naheres im schlesischen Teil

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn — 0.45 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn — 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließl. Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter 20 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernsprechkonto: Breslau 58 52.

Abwärts 12 Pf. Anzeigen unter  
Beratungs- und Wohnungs-  
Anzeigen für die nächste Nummer  
Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle  
Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgegeben.

Einzelnummer 10 Pf.

44. Jahrgang

Dienstag, den 17. Januar 1933

Nr. 14

## Schleicher empfängt Raas

### Stegerwald mit Eugenberg im gleichen Kabinett ist unmöglich, sagt der „Deutsche“

Reichskanzler von Schleicher empfing am Montagabend den Vorsitzenden der Zentrumspartei, Prälat Raas. Die Besprechung, die auffallend lange dauerte, beschäftigte sich mit der Frage der Regierungs-umbildung.

Die neuen Regierungs-umbildungsversuche, bei denen an eine Einbeziehung der Deutschnationalen und der Christlichen Gewerkschaften gedacht wird, finden bei dem „Deutschen“, der Tageszeitung der Christen, wenig Gegenliebe. Das Blatt schreibt: „Wenn es richtig ist, daß der Reichskanzler dem Stegerwald für den Posten des Reichsarbeitsministers gewinnen möchte, um so im Zentrum und in den christlichen Gewerkschaften einen gewissen Rückhalt zu finden, kann er sich unmöglich auf einen Raas Eugenberg einlassen. Ein Raas Eugenberg ist für die Massen der Arbeitnehmers untragbar und Stegerwald kann nicht neben Eugenberg im Kabinett sitzen.“

Das ist deutlich genug.

## Wieder SS-Bombenwerfer entflohen

Braunschweig, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht).

Zu Braunschweig ist wieder ein Bombenwerfer entwichen. Nachdem erst vor wenigen Wochen der jugendliche Bombenwerfer Klaus Bantel aus der Fürsorgeanstalt Edartheim bei Bielefeld entflohen war, ist am Montag der 24-jährige Musiker Max Heimerl aus Kallmün, Mitglied der Braunschweiger SS, aus dem Landeskrankenhaus in Braunschweig entflohen. Heimerl war angeblich so krank, daß er in das Krankenhaus geschafft werden mußte. Er war aber nicht so krank, daß er nicht entfliehen konnte. Die Bombenattentate gegen Arbeiterwohnungen, an denen Heimerl beteiligt war, ereigneten sich im August 1932.

## Lippe!

Von Rudolf Breitscheid.

Im Braunen Haus zu München herrscht, wie die nationalsozialistische Presse verkündet, über den Ausgang der Lippeschen Wahlen freudige Erregung.

Man muß sagen: das Braune Haus ist außerordentlich beschämten geworden, wenn das hiesige Lippe es schon in Entzücken verzeihen kann. Die NSDAP hat bei der Reichstagswahl vom 6. November 5900 Stimmen gewonnen, bleibt aber immer noch um 3600 Stimmen hinter dem Ergebnis vom 31. Juli zurück. Und dieser Erfolg ist erzielt worden durch ein geradezu ungeheures Aufgebot an agitatorischer Kraft. Die Wahlkampagne wurde von der Hitlerpartei in einer Weise aufgezogen, als ob Lippe-Deimold wenn nicht der Nabel der Welt, so doch wenigstens der Nabel Deutschlands sei, und als ob der 15. Januar über Schicksal und Zukunft des Deutschen Reiches entscheide.

Außerdem könnte es den Braunen zu denken geben — vorausgesetzt, daß das Denken nicht ihre Schwache Seite wäre — daß die Sozialdemokratie noch mehr Anlaß hätte, „freudig erregt“ zu sein. Obwohl sie bei weitem nicht mit einem dem nationalsozialistischen ähnlichen Aufwand gearbeitet hat, gelang es ihr, gegenüber dem November 4000 Stimmen aufzuholen, und damit die Ziffer vom Juli beinahe wieder zu erreichen. In Prozenten der Wähler gerechnet, hat sie sie im Gegensatz zu der Hitlererei sogar übertroffen. Das Ergebnis ist um so erfreulicher, als die Sozialdemokratie sich nicht nur gegen die Nazis, sondern auch gegen den Aufsturm der jetzt siegesgesicherten Kommunisten zu wehren hatte. Die Sozialdemokratie hat den falschen Propheten der proletarischen Einheitsfront eine empfindliche Niederlage beigebracht. Über 3500 Wähler wandten sich von ihnen ab.

Nun könnte man eigentlich die Akten über den Gigantenkampf in den Gebirgswäldern an Lippe und Weser schließen, wenn eben nicht die Nationalsozialisten und ihr Führer sich gebärden, als ob mit dem 15. Januar ein neues Kapitel der Weltgeschichte begonnen habe. Sie haben schon während des Wahlkampfes so getan, als ob sie ihre künftigen Entscheidungen von keinem Ausgang abhängig machten, und jetzt versichern sie, daß ihr — übrigens im wesentlichen auf Kosten Eugenbergs erfochtener — „Sieg“ ihren Kampfesmut und namentlich ihren Kampfeswillen belebt und gestärkt habe.

Der Gegner in dem Kampf aber ist Schleicher und sein Kabinett, das mit seinen „ jämmerlichen Mitteln“ wie Adolf Hitler sagt, Deutschland nicht retten könne. Das heißt also: Die Nazis werden sich der Einberufung des Reichstags für den 24. Januar nicht länger widersetzen, sie werden den sozialdemokratischen und kommunistischen Mißtrauensvoten zustimmen, sie werden die Regierung stürzen und Neuwahlen herbeiführen helfen, durch die ihnen — diesmal unabwehrlich und endgültig — der Weg zur Macht geöffnet wird.

So heißt es. Man wird es uns jedoch nicht übelnehmen, wenn wir zunächst noch ein wenig skeptisch sind. Die fürchterlichen Drohungen gegen Schleicher werden in der Hitlerpresse schon seit langem ausgestoßen. Auch vor Lippe hat sie eine große Lippe riskiert. Man gab sich den Anschein, als könne man den Tag der Entscheidung gar nicht abwarten, und trotzdem wandte man sich unter mannigfaltig wechselnden Vorwänden im Westfalen immer wieder gegen die Einberufung des Parlaments. Wer will die Gewähr dafür übernehmen, daß die Wandlungsfähigen nicht auch diesmal einen Grund zur Verschleppung finden, oder daß sie, wenn der Reichstag sich wirklich versammelt, die Abstimmung nicht doch hinauszuögeln verziehen?

Es sind immerhin noch vier Tage bis zur Sitzung des Reichstagsrats und von dem für die Einberufung des Reichstages einstweilen vorgeesehenen Termin trennt uns noch eine Woche. In dieser Zeit kann noch mancherlei verhandelt und gemacht werden und kann sich noch mancher Umwälzung vollziehen.

Angedeutet ist zunächst eine Unterhaltung zwischen Hitler und Eugenberg, in Aussicht gestellt ist auch eine Besprechung zwischen Hitler und dem Reichskanzler. Ob beide Konferenzen zustandekommen werden, mag fraglich sein. Der deutschnationa-

## Der Mieterschutz bleibt

### Antrag der Sozialdemokratie auf Verlängerung der Mieterschutzgesetze Anfrage des Sen. Lipinski an den Reichsjustizminister — Reichsjustizminister stellt fest, daß Mieterschutzgesetze in Kraft bleiben, bevor nicht neues Mietrecht Gesetz ist

In der Mieterschaft ist in den letzten Monaten eine wachsende Beunruhigung darüber entstanden, daß am 1. April dieses Jahres das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz ablaufen, so daß die Mieter von da ab auf die sozial völlig unzulänglichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches angewiesen wären. Allerdings ist in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bestimmt worden, daß diese Gesetze nur außer Kraft tritt, wodurch die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Miete unter sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet werden. Es war aber sehr fraglich, ob die jetzige Reichsregierung sich an diese Bedingung halten würde und ob es der Reichstag fertig bringen würde, bis zum 1. April ein solches Gesetz zu verabschieden.

Deshalb hat die Sozialdemokratische Fraktion im Reichstag bereits Anfang Dezember vorigen Jahres einen Antrag eingebracht, der die Verlängerung des Wohnungsmangelgesetzes, des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes bis zum 31. März 1935 fordert. Gleichzeitig hatte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Lipinski in einem Briefe an den Reichsjustizminister die Regierung um Darlegung ihrer Stellungnahme ersucht. Daraufhin hat Lipinski unter dem 11. Januar vom Reichsjustizminister

eine Antwort erhalten, die wir ihrer grundsätzlichen Bedeutung wegen im Wortlaut wiedergeben:

„Nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 2. Teil Kapitel IV Artikel VIII (Reichsgesetzblatt I Seite 699, 709) hängt das Außerkrafttreten des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes davon ab, daß bis zum 1. April d. J. ein Gesetz in Kraft tritt, wodurch die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Miete unter sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet werden. Ob die Verwirklichung eines derartigen Gesetzes bis zu dem erwähnten Zeitpunkte möglich ist, erscheint auch mir zweifelhaft. Schwierigkeiten können sich hieraus nicht ergeben, da die beiden Gesetze in Geltung bleiben, solange jene Voraussetzung nicht erfüllt ist.“

In diesem Schreiben des Reichsjustizministers ist vor allem der letzte Satz von entscheidender Bedeutung. Er spricht Lippe und klar aus, daß die Reichsregierung die Mieterschutzgesetze nicht eher außer Kraft setzen kann, bis das in der Notverordnung selbst vorgesehene Gesetz zur sozialen Ausgestaltung des bürgerlichen Mietrechts in Kraft getreten ist. Es wird jetzt Aufgabe des Reichstags sein, ein solches Gesetz über ein soziales Mietrecht möglichst bald zu verabschieden. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in einem Antrag vom 6. Dezember bereits wichtige Vorarbeiten für ein solches Gesetz vorgelegt.

## Henderson über die Abrüstungskonferenz

### Er begrüßt die Anerkennung der Gleichberechtigung Gleichberechtigung am besten durch Abrüstung durchzuführen

Paris, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht). Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat einem Sonderberichterstatter des „Populaire“ eine Unterredung gewährt, in deren Verlauf er u. a. erklärte: „Die Rückkehr Deutschlands zur Konferenz hat mir eine große Genugtuung bereitet. Es gab keinen einzigen Delegierten, der sich nicht darüber Rechenschaft ablegte, daß es fast unmöglich sein würde, die gewünschten Ergebnisse zu erzielen, wenn Deutschland nicht an der Ausarbeitung eines internationalen Abkommens teilnähme. Die Frage der Beteiligung ist jetzt vollständig geregelt, nachdem die Konferenz das Prinzip der Gleichberechtigung unter den Nationen anerkannt hat. Bei der Anwendung des Prinzips wird die

Konferenz aber noch auf Schwierigkeiten stoßen, die objektiv gerührt und in vollem Maße gewürdigt werden müssen. Die allgemeine Ansicht ist unteilbar, daß man alles eher durch eine Berücksichtigung der Rüstungen als durch irgend ein Wiederanknüpfungsfahren erreichen kann. Obwohl noch große Unterschiede zwischen den verschiedenen Auffassungen bestehen, glaube ich nicht, daß die Schwierigkeiten unüberwindlich sind. Wenn die Konferenz ihre Arbeit wieder aufnimmt, muß sie sich zunächst daran machen, die verschiedenen Vorschläge und Pläne einander anzuleihen. Es handelt sich darum, die eigenen Vorschläge, die alle Nationen annehmen können. Die Wichtigkeit der Konferenz muß besonders auf folgende drei Fragen gelenkt werden: die Sicherheit für alle Nationen, die Anwendung des Gleichberechtigungsprinzips und die effektive Ab-

rüstungsmassnahmen, die in einem ersten internationalen Abkommen festzulegen sind.

Auf die Frage des Berichterstatters, was er über die französische Sicherheitsauffassung denke, erwiderte Henderson ausweichend: „Der Sicherheitsbegriff geht nicht nur Frankreich und Deutschland an, sondern alle Staaten. Aber wenn ein Abkommen zwischen Frankreich und Deutschland über die Gleichberechtigung erzielt werden kann, wird es ohne Zweifel sowohl die Anwendung des Gleichberechtigungsprinzips als die in Betracht kommenden Abrüstungsmassnahmen in hohem Maße befähigen.“

Führer wird nach einer Erörterung des Ergebnisses von Lippe und der aus ihm zu ziehenden Schlüssfolgerungen kein besonderes Verlangen tragen, und Herr von Schleicher wird sich von einer Diskussion mit dem Lippefeger nicht viel versprechen. Indessen gibt es da trotzdem Möglichkeiten, und es ist nicht uninteressant, daß die berühmten maßgebenden Stellen der Reichsregierung am Montag Gregor Strasser und die Möglichkeiten seiner Aufnahme ins Kabinett mit einer gewissen kühlen Reserve behandelt haben. Es wäre schon denkbar, daß Schleicher jetzt wieder geneigt ist, auf Hitler statt auf seinen Rivalen zu setzen, denn es geht ihm nicht um die Person, sondern um eine parlamentarische Mehrheit, die das nicht über jeden Zweifel erhabene Vertrauen des Reichspräsidenten in ihn und sein Kabinett wirksam ergänzen könnte. Und ebenso wäre es auch nicht ganz ausgeschlossen, daß sein

Partner besonders angesichts der Finanzlage seiner Partei freundschaftlich und von bestimmten Gesten begleitetem Zureden nicht absolut unzugänglich wäre. Freilich, wenn die Nationalsozialisten wirklich so stahhart bleiben, wie sie es im Augenblick zu sein behaupten, dann ist die Regierung geschlagen und die Auflösung unvermeidlich. Die Sozialdemokratie ist mit einem solchen Ausgang durchaus einverstanden. Sie ist ihrerseits über ihren Erfolg in Lippe nicht in Verjüngung geraten. Sie ist weit davon entfernt, diesen kleinen Staat ohne weiteres als maßgebend für das Reich anzusehen, aber das Ergebnis gibt ihr — wie die Dinge liegen, weit mehr als den Hitlerleuten — doch das Recht, einem neuen Appell an das Volk mit größter Zuversicht entgegenzusehen.

Schütterung oder gar Gefährdung des Berufsbeamtentums demnach in Württemberg nicht geschehen werden kann. Auf Grund dieser Feststellungen wurde der entgegenstehende Antrag der Nationalsozialisten für erledigt erklärt.

# Sozialdemokratie für die Wohlfahrtserwerbslosen

## Antrag der Sozialdemokratie auf Versorgung der Wohlfahrtserwerbslosen mit ärztlicher Hilfe

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstagen den Antrag eingebracht:

Die Versorgung der Wohlfahrtserwerbslosen mit ärztlicher Hilfe und Arzneimitteln ist nicht überall sichergestellt. Während die Empfänger von Arbeitslosen- und Krankenunterstützung auf Grund gesetzlicher Regelung bei den Krankenkassen versichert sind, besteht eine gesetzliche Regelung für die Wohlfahrtserwerbslosen nicht. Sie ist im Interesse der Gesundheit der Arbeitslosen der Erhaltung ihrer Arbeitskraft und der Volksgesundheit dringend erforderlich. Da es sich um Arbeiter und Angehörige handelt, die bis zum Eintritt der Wohlfahrtserwerbslosigkeit als Beschäftigte und Arbeitslose Mitglieder der Krankenkassen waren und die es nach Einweisung in den Arbeitsprozess wieder werden, empfiehlt es sich, die Versorgung über die Krankenkassen durchzuführen. Dadurch wird auch die Familienhilfe gefördert.

Der Landtag wolle daher beschließen, das Staatsministerium wird ersucht, 1. auf die Reichsregierung einzuwirken, die Krankenversicherung der Wohlfahrtserwerbslosen entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gesetzlich zu regeln. Für die Leistung der Beiträge treten an Stelle der Reichsanstalt die Bezirksfürsorgeverbände, denen im Rahmen der Wohlfahrtshilfe Erlass vom Reich gewährt wird; 2. auf den Reichsarbeitsminister einzuwirken, bis zu einer gesetzlichen Regelung durch Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Verbänden der Krankenkassen eine allgemein geregelte Versorgung der Wohlfahrtserwerbslosen über die Krankenkassen herbeizuführen; 3. bis zu einer Regelung durch das Reich auf die Bezirksfürsorgeverbände einzuwirken, damit diese in Verbindung mit den Krankenkassen entsprechend § 363a der Reichsversicherungsordnung eine geregelte Versorgung der Wohlfahrtserwerbslosen mit ärztlicher Hilfe und Arzneimitteln herstellten.

## Niesenkundgebung gegen Nazimord

der Reutlinger Arbeiterschaft

Die Reutlinger Arbeiterschaft führte am Montag Abend eine wichtige Demonstration gegen das Morden der braunen Nordbanditen durch, die erst vor kurzem zwei Reutlinger Jungbunnen-Kameraden überfallen und niedergeschlagen haben. Ebenso groß wie die Zahl der im Zuge Marschierenden war die Menge derer, die auf den Bürgersteigen mitmarschierten oder die aus Läden, Geschäften und Häusern heraus die Marschierenden der Reutlinger Arbeiterschaft mit Freizeitsruhen und Sympathiebekundungen begrüßten.

## Kathäuser als Nazi-Parteihäuser

Genehmigungen der Sozialdemokratie

Weimar, 16. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Auf den Kathäusern der thüringischen Nazigemeinden weht die Hitlerfahne. Eine sozialdemokratische Kommunalaktion von Groß- und Thüringen hat deshalb ihre Mitglieder angewiesen, dafür zu sorgen, daß in allen Gemeinden mit sozialdemo-

kratischer oder marxistischer Mehrheit, die rote Fahne auf den Kathäusern gehißt wird. Den Anlaß zu diesem Flaggentzug gab ein Erlass der Naziregierung, durch den das Parteifahnenverbot für öffentliche Gebäude aufgehoben wurde.

## Neinfall der Nazis in Württemberg

Untersuchungsausschuss stellt fest, daß Berufsbeamtentum nicht erschüttert ist

Sinttadt, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Eine von den Nationalsozialisten im Württembergischen Landtag eingeleitete Aktion gegen die „Partei-Beamten“ ist ergebnislos verlaufen. In dem auf Antrag der Nationalsozialisten eingeleiteten parlamentarischen Untersuchungsausschuss hatten sie es besonders darauf abgesehen, zwei ihnen verhasste politische Gegner zu diffamieren und zwar den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion, Abgeordneten Pflüger, Oberregierungsrat im württembergischen Wirtschaftsministerium, sowie den Zentrumsabgeordneten Andre, der Präsident der württembergischen Landesversicherungsanstalt ist. Der nationalsozialistische Vorstoß wurde jedoch von allen übrigen Parteien, auch von den Deutschnationalen, zurückgewiesen. Angenommen wurde ein Antrag, in dem es heißt, daß die beiden genannten Beamten erteilte Befreiung von den Vorschriften über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst durch Beschluß des Staatsministeriums erfolgt und daß „von einer Er-

# Bauern gegen Landbund

## Die Deutsche Bauernschaft an die Reichsregierung

Zu dem Konflikt zwischen der Reichsregierung und dem Reichslandbund hat die deutsche Bauernschaft in einer Entschiedenheit Stellung genommen, die an die Reichsregierung weitergeleitet wurde. Die Entschiedenheit führt aus, daß das deutsche Bauerntum eine Krise durchlebe, die es in seinen Grundfesten erschüttere. Die letzte Ursache der Krise falle zusammen mit den Gründen des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges.

Die besondere Verschärfung der bäuerlichen Notlage aber sei zum Teil verursacht worden durch staatliche Maßnahmen, die dem besonderen Schutz der landwirtschaftlichen Großbetriebe dienten und die die bäuerliche Veredelungswirtschaft immer weiter in den Hintergrund gedrängt hätten. Die Verantwortung für diese dem Bauerntum abträglich Agrarpolitik trage in erster Linie der Landbund, der die Richtlinien der Agrarpolitik des Reiches in den letzten Jahren durch seine Vertrauensmänner bestimmt habe.

Wenn sich deshalb im Augenblick des Zusammenbruchs der Agrarpolitik der Landbund durch Vorwürfe gegen die Reichsregierung der Verantwortung zu entziehen suche, so könne ein solches Vorgehen lediglich als ein Ablenkungsmanöver gewertet werden. Es komme dem Landbund auch bei seiner jetzigen Forderung auf Schaffung des generellen Volkswirtschaftlichen nicht darauf an, dem Bauerntum zu dienen, sondern

lediglich darauf, den drohenden Zusammenbruch der aus der Notlage resultierenden Sanierungsunfähigen Großbetriebe und damit die praktische Durchführung der Siedlung zu verhindern. Das sei die tiefste Ursache im Konflikt mit Reichslandtag Brüning, mit dem Wirtschaftsmittler Schönlage, und das sei auch die letzte Ursache für den Konflikt des Landbundes mit dem Kabinett Schleicher gewesen. Große Teile des deutschen Bauerntums seien sich trotz ihrer riesigen Notlage darüber klar, daß durch staatliche Hilfsmittel gewisse Erleichterungen zur Linderung der Wirtschaftsnote geschaffen werden könnten, besonders durch Verstärkung der Veredelungsproduktion, und zwar bei Erneuerung der Handelsverträge, ferner durch eine allgemeine Kredithilfsaktion und durch den Anstoß-Abbau.

Eine wirkliche Herstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität könne aber nur durch die Stärkung und Wiederaufrichtung der Kaufkraft der Konsumenten erreicht werden. Verantwortungsbewußte landwirtschaftliche Organisationen hätten heute die Pflicht, ihre Mitglieder über diese Zusammenhänge aufzuklären, statt sie aus reinen Organisationsinteressen einem öden und hoffnungslosen Radikalismus in die Arme zu treiben. Die Entschiedenheit behauptet, daß bisher vor allem der Reichslandbund allein die Agrarpolitik habe beeinflussen können.

# Wahn Europa 1934

Von Hanns Sobich

Deutsche Rechte: Fackelverlag, Hamburg-Bergedorf 43)

(Kathredon verboten)  
Ich kämpfe nicht nur für mein Land, ich kämpfe für einen Erdteil. Um Prinzipie der Menschheit! Ich verabscheue die Grimaße des Böbels. Warum können die Deutschen die furchtbaren Zeichen der Zeit nicht „lesen“?  
Herr von Richter läßt die Kastaden des Italiens über sich herziehen. „Die Zeichen der Zeit, Czaren, lassen sich verstanden werden“, sagt er gedankenvoll. „Was müßt Ihnen der ewige Kampf, wenn Sie damit gerade das heraufbeschwören, was Ihre bewundernswürdige Energie zu verhindern trachtet? Der kommende Krieg wird alle früheren Kriege in den Schatten stellen. Er ruhet den betroffenen Völkern Unabsehbares zu.“  
Der Knoten muß durchschnitten werden!  
Der Deutsche lächelt heptisch. „Wir werden alle daran sterben.“  
Capponi schlägt mit der Faust an seine Brust. „Ich bin der einzige, der heute kein Volk in Wirklichkeit führt und regiert! Wie ein Heßchen überzieht Italien den Campi europäischer Demokratien! Wir werden dafür die Früchte ernten.“  
Der Bolschewist verabschiedet sich.  
Capponi blickt auf die Wandkarte. Dort liegt Paris! Wird Brandt den anderen hängen? Würde das für Italien überhaupt Gewinn? Würde nicht der neue Herr in Paris dann seine Union-Reute auf Rom hegen?

XII

Begründen Sie kriegerische Aspirationen, Baron. Der Generalstabschef langt dem Kabinett langsam, aber sicher das Lebensmaß aus. Arrangieren Sie sich möglichst rasch mit Capponi. Besser ein italienisches Albanien als ein französisches, das zur Wölfe der Weltgeschichte wird!  
Diese Worte spricht drei Uhr nachmittags der Generalstabschef Audinat, während er mit dem Ministerpräsidenten und dem

Kriegsminister die Treppe des Palais de l'Élysée hinuntersteigt. „Ausgeschlossen!“ brüllt Humette auf. „Mit dem Generalstabschef werden wir fertig! Der Polizeipräsident und der Kommandant von Paris bekommen jetzt ihre klaren Weisungen. Sicht Brandt hinter Gittern, dann vererbt der Kummel binnen drei Stunden. Jeder Dickschädel kommt an die Wand!“  
Audinat lacht ironisch. „Wollen Sie die Streikenden mit Kalben in die Fabriken jagen? Gegen passiven Widerstand kann man keine Kanonen auffahren.“  
Der Hauptbesitz gegen Brandt und Komplizen ist vom Ministerpräsidenten befohlen, nicht sich Saint Brice ein. „Hier und dort werden die Massen gewalttätig werden. Dann werden eben zwei, drei Trompeten bläuen. Was? Immer feig.“  
Audinat legt herablassend die Hand auf die Schulter des Generals. „Ich beneide Sie um Ihren Optimismus, Baron.“  
Die Revolution, wenn sie nur die Kasse hochnimmt, wird nicht verstanden!“ erhebt sich Humette von neuem.  
Die Kasse der Minister sollen durch die Ausfahrt des Palais de l'Élysée.

In Paris beginnt die Heßjagd.  
Die Regierung hatte erwartet, das ganze Nest im Gebäude der Union“ auszuheben. Sie fand dort nur eine Handvoll untergeordneter Funktionäre.  
Paris erlebte kein grandioses militärisches Schauspiel. Infanterieregimenter marschierten über den Appell. Hüfe von Dragonerregimenten klapperten. An den Seitenrändern öffneten Geschütze ihre runden Mäuler. An den Straßenecken waren Wachposten in Stellung. Panzerwagen brüllten. Zwei Hundstößer brüllten über dem Hauptmeer.  
Der Polizeipräsident bestellte seine Beamten. Der Kommandant von Paris erlaubte, Johanniskommandos. Brandt und seine Helfershelfer schienen vom Erdboden verschluckt zu sein. Aber seine Wächter ging weiter. Die staatlichen Funktionen hatten fortgesetzt. Die von der Reichsregierung durch den Reichspräsidenten und von ausländischen Stationen solche empfangen. Aus welchem Hinterhalt kam die gefährliche Gefahr? Die militärischen Führer beschimpften die Polizei, die Brandt nicht auf den Felsen geschleichen sei, der Polizeipräsident bedauerte sich über die Truppen, die mit ihren großen Häuten die Bevölkerung außer Rand und Band brachten.

Im Zimmer des Ministerpräsidenten ging es zu wie in einem Taubenschlag. Die Chefs der fremden Missionen rühten trümpfend an. „Aufstakt zur Weltrevolution!“ warnten sie. Die bleiche Sorge stand den Diplomaten in den Gesichtern.  
Fünf Uhr nachmittags erschien der süßlawische Gesandte am Quai d'Orsay. Seine Regierung — so meldete er — möchte dem Pariser Kabinett dringend zur Erwägung anheimstellen, ob unter den ungünstigen politischen Verhältnissen Frankreichs der bisherige Kurs gegen Italien noch beizubehalten sei.  
Saint Brice rief ihm tief erregt zu: „Ihretwegen, Herr Gesandter, haben wir uns engagiert! Wir haben an Albanien nur höchst mittelbares Interesse! Weiden Sie Ihrem König, daß ich mich auf sein königliches Wort verlasse! Wenn sich jetzt unsere Bundesgenossenschaft nicht bewährt, sind wir beide gefehert!“  
Den Süßlawen löste der Paß ab. „Die innere Lage Polens ist aufs höchste gespannt, Herr Baron! Radikale Elemente, von Sowjetagenten angetrieben, drohen mit Umsturz. Eben erhalte ich aus Warschau die Nachricht, daß Rußland vor zwei Stunden seine Grenzen gegen Polen zugemacht hat. Die Gerüchte verdichten sich, daß die Russen militärische Vorbereitungen treffen. Sehen Sie zu, mit Rom schleunigst ein ertüchtigtes Arrangement zu finden.“  
Der rumänische Gesandte bestätigte die Gerüchte von geheimnissvollen Truppkonzentrationen an der russischen Grenze. Keiner Schritt weiter, Baron! Rumänien kann sich nicht in einen Krieg mit Rußland hineinziehen lassen. Unser Volk ist nicht für Krieg zu haben. Die Linkstreife machen uns schwer zu schaffen.“  
Saint Brice sitzt allein in seinem Zimmer. Er ist wie gelähmt. Was ist die Bundesgenossenschaft schon ab? Hat sich Frankreich nicht für die Belgrader in den Dred geritten? Hat nicht der Völk das Eisen rosigführend erhalten? Wenn sich jetzt der süßlawische König aus der Wäre zieht? Kann Frankreich allein bestehen? Auch nur diplomatisch?  
Dr. Haindl ist in fünf Minuten aus der nahen Postkammer zur Stelle. Als er eintritt, guckt er durch seine glitzernden Brillengläser und errät alles: Untergangsstimmung.  
Saint Brice ist voll ernster Würde. Europa ist aufgeschreckt wie ein Stenentwarnung. Der Radikale Capponis schleudert unsern Erdteil in den Abgrund. Wir müssen die Fahrt bremsen. Deutschland kann sich nicht mehr verlagern, Herr Bolschewist. Sie müßten die entsetzliche Lage in auch mitregulieren.“





## Senfer Arbeitszeitberatern

# Zouhauz fordert: Garbe bekennen!

### Unternehmer verfrachten sich hinter die Regierungen

Genf, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Beratungen der Regierungsdirektoren über die Resolution zum Abschluß der vierzigstündigen Arbeitswoche-Debatte sind auch am Montag nicht weitergekommen, da die meisten Regierungsdelegationen noch auf Anweisungen warten. Ueber den zur Beratung stehenden Text läßt sich zurzeit nur sagen, daß er die vierzigstündige Arbeitswoche als geeignetes Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit bezeichnet, für die Erhaltung des Lebensstandards der Arbeiter einzutreten und den Übergang zur Einzelberatung vorzuschlagen wird.

In der Konferenz selbst ließ Zouhauz erklären, an einer Konvention teilzunehmen, wenn sie international und befristet auf die Krise sei. Holland will sich erst entscheiden, nachdem durch die technischen Beratungen das ganze Problem geklärt sei. Der französische Unternehmervertreter Lambert-Ribot erklärte, mehr als 50 Prozent der Arbeiterkraft müßten von der Verzögerung wegen ihrer Spezialarbeiten ausgenommen werden. Man könne nicht uniformieren, da eben schon zwischen Ländern in der Kürzarbeit Unterschiede zwischen 5 und 40 Prozent beständen. Auf die Einwände der Unternehmer sei man nicht eingegangen. Man rechne nur auf ihre Fähigkeit, sich aus der Affäre zu ziehen. Die Hauptsache sei die Lohnfrage. Zouhauz habe ausgerechnet, daß der Lohnanteil im Gesamtlohn nur 25-30 Prozent sei. In den wichtigsten französischen Industrien sei er aber nach Berechnung der Unternehmer weit höher. Die Verteuerung müsse daher groß werden und der Käufer habe sie zu tragen. Ebenso erschwere Arbeitszeitverlängerung mit Lohnausgleich die Kapitalbildung und das Sparen. Aus dem Unternehmensgewinn könne die Verteuerung nicht bezahlt werden, denn der betragende und etwa 5 Prozent auf die Summe aller Löhne, und mit allen Kosten zusammen werde die Verteuerung auf 15-20 Prozent betragen. Im ganzen ständen sich über die vierzigstündige Arbeitswoche Unternehmer und Arbeiter schroff gegenüber. England sei dagegen, andere Regierungen suchten zu vermitteln. Hier aber müsse Garbe bekennen werden, man könne nur für oder gegen eine Konvention sein. Die Unternehmer forderten von den Regierungen eine verantwortliche Entscheidung über diese schwierige Frage, die das Internationale Arbeitsamt je zu entscheiden gehabt hätte. Sie selbst seien gegen die vierzigstündige Arbeitswoche, weil sie überzeugt seien, daß sie die Quelle alles Umsturzes für die Wirtschaft seien.

Der deutsche Angestelltenvertreter Lemmer begann mit der Frage, wie lange Europa noch warten solle auf diese Konferenz für die Lösung der Tagesfragen. Die Erfahrung in Deutschland habe gezeigt, daß die Arbeitszeitverlängerung für die Angestellten nur die Einkommen, aber nicht die Arbeit oder die Arbeitslosigkeit vermindert habe. Für die Angestellten müßte in einem vierzigstündigen Arbeitsvertrag eine sehr strenge Kontrolle gegen jede Ueberschreitung eingeführt werden. Kreis-Deutschland (Arbeiterbeistand) bemerkt, daß die technische Umstellung keine Schwierigkeiten machen könne. Vor allem werde die Landwirtschaft von der größeren Kaufkraft der Arbeiterkraft profitieren.

## Beginnende Ausperrung im Siegerland

Die Weigerung der Siegerländer Metallarbeiter, zu den von den Unternehmern diktierten Hungerlöhnen zu arbeiten, hat am Montag in vielen Betrieben zur Ausperrung geführt. Die großen Werke liegen alle still. Ausperrt sind die Belegschaften des Geisweiler Eisenwerkes mit 700 Mann, des Eisener Walzwerkes in Siegen mit etwa 1300 Mann des Walzwerkes der Friedrichshütte in Rehdach mit 400 Mann, des Wilsener Weichblechwerkes mit 2200 Mann, der Firma Bertram in Siegen mit 150 Mann und einer Reihe weiterer Betriebe mit Belegschaften von 30 bis 100 Mann. Im Weichblechwerk Wilsen erschienen am Montag 100 bis 120 Mann zur Arbeit, mit denen eine Walzenstraße in Betrieb genommen werden konnte, während sonst 18 Walzenstraßen arbeiten.

## Massenentlassungen in Ost-Ober-Schlesien

Die Massenentlassungen in Ost-Ober-Schlesien nehmen scharfe Formen an. Die Glasbläse in Zabowice sowie die Emailwarenfabrik in Myslow wurden stillgelegt. Rund 600 Arbeiter verlieren damit ihre Beschäftigung. Die in Kunscht gestellte Wiederinbetriebnahme der Blei- und Silberhütte in Friedrichshütte erfolgt nicht. Die seinerzeit entlassenen 500 Arbeiter bleiben also entlassen. Der Glöckner-Konzern plant die Stilllegung mehrerer Betriebe, wodurch 2000 Arbeiter, die Hälfte der heutigen Gesamtbelegschaft des Konzerns, abgebaut würden. In der Robbiter Industrie haben die Donnersmark-Grube und die Blücherhütte die Entlassung von etwa 700 Mann beim Demobilisationskommissar beantragt. Die großen Ratto-witzer Röhrenwerke „Ferrum“ sollen geschlossen werden. Die gesamte Belegschaft — 350 Köpfe — hat die Kündigung bereits erhalten.

## ROD-Reinfall in Halle

Die Betriebsrätemahl bei den Werken der Stadt Halle A. G. hat den Kommunisten eine unerwartet schwere Niederlage gebracht. Die ROD hatte ihre Agitation in großem Umfang betrieben und erhebliche Aufwendungen für Propagandamaterial gemacht. Trotz aller Anstrengungen und trotz schmutziger persönlicher Verleumdungen gegen Funktionäre der freien Gewerkschaften gelang es den Kommunisten nicht einmal, im Elektrizitätswert und bei den Bergwerksbetrieben kommunistische Listen zustande zu bringen. Bei der Straßenbahn erhielten die freien Gewerkschaften 607 Stimmen und 8 Mandate; auf die ROD 118 Stimmen und 3 Mandate. Die AGD erhielt 72 Stimmen und mit knapper Not 1 Mandat. Im Gas- und Wasserwerk entfielen auf die freien Gewerkschaften wieder 6 Mandate, auf die ROD 1 Mandat.

## Streik der Wiener Dreifachbauern

Der am Freitag als Protest gegen die Benzinsteuer beschlossene Streik sämtlicher Autodromführer Wiens wird seit 6 Uhr früh programmgemäß durchgeführt. Woher haben sich keine Zwischenfälle ereignet.

## Dumm und frech wie stets

Ein Nazi verklagt einen Arbeiterrat

Der Halentreuzler Willi Steffen hat den Arbeiterrat der Firma Schaefer & Schael A.G. vor dem Arbeitsgericht verklagt. Er verlangte vom Arbeiterrat, daß er ihm den durch die Entlassung eingetretenen Lohnausfall zahlen sollte, weil er keine Entlassung nicht verhindern konnte. Selbstverständlich wurde der Nazi mit seiner irrazionalen Klage kostenpflichtig abgewiesen. So frech diese Helden sonst sind, vor dem Arbeitsgericht benahm sich dieser Halentreuzler so feige, dumm, hilflos und ungeheuerlich, daß es einen Hund jammern konnte. Gegen das Urteil des Arbeitsgerichts hat dieser Nazi durch den Rechtsanwalt Dr. Nagel, der auch ein Halentreuzler ist, beim Landesarbeitsgericht Berufung einlegen lassen. Der Prozeßbevollmächtigte des Arbeiterrats, Hans Ziegler, betam am 15. Januar 1933 folgenden Beschluß des Landesarbeitsgerichts zugestellt:

15 S 266/32  
2 AC 1086/32

### Beschluß

In Sachen des Schmelzers Willi Steffen in Breslau, Neudorfstraße 35, Klägers und Berufungsklägers, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Leopold Nagel, in Breslau, Alte Lajchenstraße 19, III.,

gegen

den Arbeiterrat der Metallhüttenwerke Schaefer & Schael A.G. in Breslau, vertreten durch Alfred Bruschke, Hans Ullig, Erich

Das Landesarbeitsgericht, 1. Kammer.

Staroste, Max Redlich, Paul Hauenschild, Wilhelm Böbel, sämtlich bei der Metallhüttenwerke Schaefer & Schael A.G. in Breslau, Beklagten und Berufungsbelegten; Prozeßbevollmächtigter 1. Instanz: Gewerkschaftsangehörter Hans Ziegler, in Breslau, Margaretenstraße 17, wird die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Arbeitsgerichts in Breslau vom 23. 11. 1932 auf seine Kosten als unzulässig verworfen, weil die am 21. Dezember 1932 beim Landesarbeitsgericht eingegangene Berufung nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen zweimonatigen Frist beurkundet worden ist. (§§ 66 A.G.G., 97 Z.P.D.).

Breslau, den 6. Januar 1933.

Der Vorsitzende  
ges. Lemmen.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß findet kein Rechtsmittel statt.

Ausgeführt: ges. Rüttke, Justizangestellter.  
Stempel: als Urundsbeamter der Geschäftsstelle.

Die Klage ist ganz unbegründet. Der Arbeiterrat gab sich die größte Mühe, Entlassungen zu verhindern, konnte dies aber nicht. Steffen ist einer der zuletzt eingestellten Arbeiter. Seine sozialen Verhältnisse unterscheiden sich nicht wesentlich von denen der schon länger im Betrieb Beschäftigten, so daß es ein Unrecht gewesen wäre, einen anderen für ihn zu entlassen. Die AGD macht diese Klagen auch nur für rein parteipolitische Zwecke. Sie treibt mit den Arbeitern Schändlicher Aufhetzung vor der Rechtsanwaltschaft Dr. Nagel überhaupt nicht in der Lage, für die Berufungssache eine Begründung zu geben oder es ist ihm die Blamage, diese dummdreiste Klage zu vertreten, doch etwas zu groß. Es wäre wichtig zu erfahren, wer die Kosten für einen solchen Mißbrauch der Gerichte bezahlt. Im übrigen trägt diese Klage ganz zu dem Reiz der Nationalsozialistischen Partei.

Der Großhandelsindex ist in der verfloßenen Woche mit 91,2 gegenüber 91,3 nahezu unverändert geblieben.

Durch Vereinbarung der Parteien wurde der Spitzenlohn im Röllner-Holzgewerbe von 1 Mark auf 96 Pfg. herabgesetzt.

# Wie lange noch?

## Eine Frage an den Reichsarbeitsminister

Die Neuregelung der Arbeitslosenhilfe gehört zu den vorzüglichsten sozialpolitischen Fragen, deren Lösung von der Regierung nicht noch weiter auf die lange Bank geschoben werden kann; denn nirgends hat das Papenregiment üblicher gewirtschaftet als auf dem Gebiet der Arbeitslosenversorgung. Bis jetzt fand das Kabinett Schleicher noch keine Zeit, sich mit der Neuordnung der Arbeitslosenbetreuung zu befassen. Allerhand Pläne werden natürlich bei den zuständigen Stellen erwogen, allein — nichts Gewisses weiß man nicht. Die Presse übt sich daher im Rätselraten. Sie spricht von Reformplänen der Scheidemann zur Schaffung einer „Reichsarbeitslosenhilfe“ unter kommunaler Obhut, von der Auflockerung der Arbeitslosenversicherung durch Herausnahme bestimmter Berufsgruppen wie der Hausangestellten, der Saisonarbeiter und der Landarbeiter, von Angestelltenkassen und ähnlich unerkennlichen Dingen. Auf dieses Rätselraten näher einzugehen, verlohnt sich nicht, solange die Regierung nicht klarer erkennen läßt, wohin die Reize gehen soll.

Warum sie sich so zurückhält, ist schwer verständlich. Die Regierung Schleicher hat doch einen Arbeitsminister, der in der Arbeitslosenfrage hervorragender Fachmann ist.

Dr. Srup braucht über diese Frage sich nicht erst lange bei anderen Leuten Rat zu holen. In all den Dingen, die zu dem großen Gebiet der Arbeitslosenbetreuung gehören, hat er ohne Zweifel ein eigenes Urteil. Warum jagert Dr. Srup, von seinen Kenntnissen und von seinem Urteil Gebrauch zu machen? Warum geht er nicht endlich daran, in den Schutthäusern der Arbeitslosenversorgung und Arbeitslosenfürsorge, den Herr Papen hinterlassen hat, wieder einige Ordnung zu bringen und der nutzlosen Quälerei der Arbeitslosen wie der Arbeitsamtsangestellten ein Ende zu machen?

Quälerei? Die Dinge liegen in Wirklichkeit noch schlimmer. Eigentlich müßte man von einer böswilligen und staatsfeindlichen Quälerei sprechen. Man kann annehmen, daß der Reichsarbeitsminister als Präsident der Reichsanstalt das Monstrum von Fragebogen, den heute ein Arbeitsloser in dreifacher Ausfertigung ausfüllen muß, nicht selbst verfaßt hat. Aber er hat ihn doch sicherlich gelesen. Der Arbeitslose, der auf eine der Fragen eine falsche Auskunft gibt, muß gewärtig sein, daß ihm die Unterfertigung gesperrt — ja daß er den Gerichten ausgeliefert wird. Und doch wird es nur wenige Menschen geben, die diesen Fragebogen wirklich wahrheitsgemäß ausfüllen können. Der Reichsarbeitsminister würde sicher in die größte Verlegenheit kommen, wenn er selbst den Versuch machen wollte, so einen Fragebogen, gewissermaßen zu seinem Privatvergnügen, auszufüllen.

Und dann die Hilfsbedürftigkeitsprüfung! Der Reichsarbeitsminister hat an seinen Vorgänger unter

dem 27. Oktober 1932 ein ebenso umfangreiches wie vernichtendes Gutachten über die Hilfsbedürftigkeitsprüfung erlassen. Dr. Srup hat gewiß nicht dieses Gutachten verlesen, und wenn nicht, dann ist gewiß auch ihm klar, daß aus diesem Gutachten Konsequenzen gezogen werden müßten. Dr. Srup ist heute nicht mehr nur ein Beamter, der ministerielle Verfügungen zur Ausführung ergäht. Er ist selbst der politische verantwortliche Minister, — wenn auch nur Fachminister — der diese Verfügungen zu erlassen hat. Und deshalb müssen wir an ihn die Frage stellen, ob er noch heute wie am 27. Oktober des vergangenen Jahres das Gutachten an den Arbeitsminister mit seiner Unterschrift bedeckt.

In den Schlussfolgerungen dieses Gutachtens heißt es, daß die Hilfsbedürftigkeitsprüfung durch die großen und mittleren Gemeinden „eine gerechte und gleichmäßige Behandlung der Arbeitslosen unmöglich macht“. In der selben Feststellung kommt das Gutachten gegenüber den kleineren Gemeinden. Und die Missanwendung dieser Feststellung lautet, man solle die Hilfsbedürftigkeitsprüfung „etwa entsprechend der Regelung in der früheren Verordnung über die Krisenfürsorge“ wieder den Arbeitsämtern übertragen.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Srup weiß, wo der Hund begraben liegt. Warum jagert er, seinem Wissen nun auch die Tat folgen zu lassen?

Sollen wir annehmen, daß ein Fachminister es unterlassen könnte, eine im Interesse der öffentlichen Sicherheit und aus tausend anderen Gründen von ihm selbst geforderte Maßnahme anzunehmen? Wir möchten das nicht annehmen, obwohl Deutschland, seitdem stinke Leute über Hitlers Rücken in die Nacht geschleift sind, vor allem in der Politik das Land der unbegrenzten Möglichkeiten geworden ist. General v. Schleicher hat den Präsidenten der Reichsanstalt Dr. Srup doch wohl kaum deshalb zum Reichsarbeitsminister ernannt, damit er Papens Schutthäuser sorgsam behütet. Diese Ernennung ist doch wohl erfolgt in der Annahme, Dr. Srup sei der Mann, um schnell und schicklich den Scherbenhaufen zu beseitigen.

Der Scherbenhaufen der Papenwirtschaft muß verschwinden.

Die Verhinderung der Arbeitslosen verdrängt keine neue Verschleppung dringender notwendiger Reformen. Die Härten, die die Papennotverordnungen gebracht haben, müssen gemildert werden. Die Neuorganisation der Arbeitslosenhilfe ist fällig. Ausdehnung des Versicherungsanspruches ohne Bedürftigkeitsprüfung, Aufbau einer Reichsarbeitslosenfürsorge aus Krisenfürsorge und Wohlfahrtsfürsorge und zwar bei der Reichsanstalt und für die Reichsarbeitslosenfürsorge eine Reichsbedürftigkeitsprüfung — aber nicht im Sinne der Hilfsbedürftigkeit — all das ist fällig. Wie lange sollen die Arbeitslosen noch warten? Wie lange noch, Herr Reichsarbeitsminister?

# Die GGG.

Wer jemals die Verteilungsstelle einer Konjunktionsgesellschaft betrat, kennt das Zeichen GGG. Diese einprägsame Buchstabenkombi ist wirklich nicht zu übersehen, aber irren würde sich, wer meint, daß sie lediglich ein Warenzeichen darstellt. Wir leben gewöhnlich in einer Zeit, in der sogenannte Symbole in Augenlichter bestehen, das Zeichen der GGG darf sich aber laut und offen als eines der Symbole bezeichnen, als altes, solides Erkennungszeichen für eine Idee, die sich in Tausenden von Kanälen auch praktisch auswirkt. Das GGG ist Ausdruck eines Gedankens, dessen Verwirklichung in beachtenswertem Maße vorliegt und der alle Aussicht hat, sich wirtschaftlich zu vollenden.

Die GGG, d. h. die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., ist die praktische Verkörperung der Selbsthilfeidee, die mit den besten Mitteln gesteuert, gesteuert, tägliche Produktion und Verteilung alles täglichen Bedarfs und damit die Wirtschaftsmacht der deutschen Konjunktionsgesellschaften.

Wie groß liegt doch der Unterschied zwischen der Gedankenkraft einiger armer Weber, die vor hundert Jahren solcher Zukunft innerlich erahnten und der Gleichgültigkeit vieler Verkäuflicher in gleicher Lage, denen das Nachdenken über den Sinn der genossenschaftlichen Selbsthilfe unbekannt erscheint. Güterverteilung

heißt, Menschen beschäftigen, Konsumgüter herstellen, Güterherstellung heißt, Genossenschaften zu organisieren, mit den notwendigen Gewerkschaften vereinbarten Bedingungen zu arbeiten. Immer umfangreicher wird diese Güterverteilung, indem immer größere Kreise Vertütiger den Gedanken der genossenschaftlichen Selbstversorgung erfassen und die auf solchen Wege in den Betrieben der GGG, entstandenen Erzeugnisse in wachsendem Maße verbrauchen.

Warum also haben doch nur einige tausend Konsumgenossen hochwertige genossenschaftliche Güter zu erschwinglichen Preisen herstellen, wo man, dem möglichen, größtmöglichen Nutzen, durch die Beschäftigung einer riesigen Menge von Arbeitern und Angestellten so beschäftigt werden könnte? Warum haben die Vertütiger in Stadt und Land diesen Zustand? Warum verweigern sie den auf die Vorteile, die auch durch genossenschaftliche Selbsthilfe geboten werden? Geht es auch wirtschaftlich zu, so geht es nicht zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung an? Treiben sie die Ruhe lassen nicht?

Schert sich um die GGG, Deutscher Konsumvereine m. b. H., privaten Erzeugnisse das, was für uns an Nahrung und Fleisch, Kleidung und Schuhwerk, Zigarren und Seife und vielem anderen in einer Genossenschaft zu geben hat!

# Kommunistischer Unterbezirksleiter tritt zur Sozialdemokratie über

Auf der Unterbezirkskonferenz der SPD. Langenbielau wurde gestern der bisherige kommunistische Unterbezirksleiter und Parteisekretär Granjalle auf seinen Antrag in die Sozialdemokratische Partei aufgenommen, nachdem er in einer Ansprache keine Beweggründe zu diesem Schritt, die er zuvor in einem schriftlichen Antrag formuliert hatte, darlegte. Granjalle kennzeichnete dabei die gewissenlose parteipolitische Streit- und Parolenpolitik der kommunistischen Partei, die ihn schließlich zu einem Gewissenskonflikt und zu seinem Austritt aus der KPD trieb. Der hierfür charakteristische Aufnahmearrest des Genossen Granjalle, der mit Hermit in den Reihen der Klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiterschaft willkommen heißen lautet:

Meine jahrelange Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei Deutschlands, der ich als Mitglied wie auch als Funktionär dienste, hat mich in immer größere innere Konflikte gebracht, bis ich klar erkannte, daß eine solche Partei nie das Sammelbecken einer Klassenbewußten Arbeiterschaft sein kann. Ich bin nur Jahren mit einem glühenden Idealismus zu der Partei gekommen, weil ich, politisch ungeschult, gefühlsmäßig geblendet war. Heute weiß ich, daß die Führung der kommunistischen Partei jeder Vernunftspolitisik unzugänglich bleibt, daß sie aber eine wahrhaftige Kliquenwirtschaft betreibt. Während man dort vorgibt, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, hat man in Wirklichkeit stets nur den persönlichen Vorteil im Auge. Die KPD verfügt nur über eine innerlich faule und korrupte Organisation, ist weder Klassenbewußt, noch schlagkräftig und kann infolgedessen nie die Führung zur Befreiung der Arbeiterklasse übernehmen.

Zu diesem vernichtenden Urteil bin ich gekommen, nachdem ich als Funktionär, besonders im letzten Jahre als Mitglied der Bezirksleitung Schlesien der KPD, und bezahlter Parteisekretär einen tiefen Blick hinter die Kulissen tun konnte. Mein letzter Versuch, die Partei der Kommunisten von innen heraus zu reinigen und für die Einheit der Arbeiterklasse vorzubereiten, mußte natürlich scheitern.

So habe ich denn erkannt, daß es nur eine Partei gibt, bei der das Wort vom Klassenbewußtsein nicht nur eine hohle

Phrasie ist, und das ist die SPD. In ihr will ich jetzt, im Dienste der Arbeiterbewegung meine Kräfte zur Verfügung stellen und hoffe, daß noch rechtzeitig alle ehrlichen Kräfte in der KPD, meinem Schritte folgen.

Langenbielau, den 15. Januar 1933.

Ermin Granjalle.

## Landwirtschaftskammer DS. gegen die Margarine-Butter

Die ober-schlesische Landwirtschaftskammer nimmt in einer Entschließung zur Frage des Milchabfuges Stellung. Im Gegenlatz zu der nationalsozialistischen nieder-schlesischen Kammer wird hier zum Ausdruck gebracht, daß der Mutterheimisungszwang nicht das geeignete Mittel sei, um die Preis- und Abfug-schwierigkeiten auf dem Buttermarkt rasch und wirksam zu beseitigen. Die Landwirtschaftskammer Ober-schlesien schlägt vielmehr vor, ähnlich wie bei der Frischfleischpreibiligung ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine Entlastung des Buttermarktes durch die Ausweitung des Abfuges von Frischmilch an die arbeitslose Bevölkerung durch eine weitgehende Verbilligung zu bewirken, was auch aus volkswirtschaftlichen Gründen notwendig erscheint. Die Kammer ist der Ansicht, daß die Landwirtschaft sich gern bereit finden werden, die den Arbeitlosen abzugebende Frischmilch zum Verarbeitungspreis zu liefern. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer bittet die Reichs- und Staatsregierung, unverzüglich eine dahingehende Stützungsaktion in die Wege zu leiten, da dadurch eine ganz erhebliche Besserung auf dem Buttermarkt erzielt werden könnte.

## Landbündredend

Man hat schon wieder „Verbindungen“

Der Landbund steht wieder einmal im Mittelpunkt der deutschen Politik, wobei seine politische Grundlinie allerdings, wie stets, von nachstehen und zudem noch mißverständlichen Inter-

essen bestimmt wird. Hilfe, Subvention, Höherhängen des Brotloches für die proletarische Bevölkerung in Stadt und Land, das ist das einzige, was man aus diesen Kreisen vernimmt. Man kann daher ziemlich gespannt darauf sein, was der leuchtende „Bauer“ von Kohr-Münze auf der kommenden Tagung in Breslau programmatisch zu sagen hat, nachdem das Helfern gegen den Marxismus seinen Reiz verloren hat und auch die konservative Diktatur nicht die guten Zeiten mit den fetten Schweine- und Getreidepreisen vom Himmel zu zaubern vermag.

Einstweilen wird schon vorbereitend geredet und es scheint da fast, als gebe es doch auch erhebliche Differenzen innerhalb des Landbundes. Während die Kleinbauern im Kreise Grünberg einen verzweifelten Hilferuf loslassen und „alle verantwortlichen Stellen“, also wohl den Kanzler-General von Schlegel, zu Leinöl, Kartoffeln und Quark zu Gaste laden, hat sich Herr von Kohr auf einer Tagung in Lüben sehr viel vornehmlicher ausgesprochen. Er appellierte an die Disziplin, erzählte, es seien schon wieder „Verbindungen“ zwischen Landbund und Ernährungsministerium vorhanden, und griff sogar vermittelnd ein, als es bei der Wahl des Kreis-Landbundesvorsitzenden zu erheblichen Gegenjahren zwischen dem konservativen und dem nationalsozialistischen Flügel kam.

## Steuereinnahmer überfallen

Der 55jährige Amtsekretär und Steuereinnahmer Krähmer aus Klein-Tinz bei Liegnitz, der sich in später Nacht auf dem Heimwege befand, wurde plötzlich von rückwärts niedergeschlagen, von zwei Personen gefesselt und seiner Brieftasche mit 180 RM beraubt.

Der Überfallene, dem mehrere Zähne ausgeschlagen wurden, blieb benimmungslos über zwei Stunden bei großer Kälte auf der Landstraße liegen und schleppte sich dann ins nächste Dorf. Die beiden Täter sind unerkannt entkommen.

## Den Treiber erschossen

Bei einer Treibjagd in der Nähe von Löwenberg stiftete einer der Jäger aus, wobei sich kein Gewehr so unglücklich entlud, daß der hinter ihm gehende Treiber Martin Schirmer von einer vollen Schrotladung getroffen wurde. Schirmer, dessen Frau vierzehn Tage zuvor gestorben war, erlag bald darauf im Krankenhaus dem durch die Verletzungen hervorgerufenen großen Blutverlust.

Waldenburg, Todesopfer der Diphtherie. Die Diphtherie-Epidemie in Langwaltersdorf hat wieder ein Todesopfer gefordert, und zwar ist ein zehnjähriges Mädchen der tödlichen Krankheit erlegen.

# Wegweiser für die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtschaft zum Vorteil!

zur praktischen Lösung aller täglichen Bedarfsfragen und

**Für Bastier**  
alle Kohl- und Schnitzlesten - Leubölge u. Sperrholz - Drechselwaren u. Möbelaufgaben zu billigsten Preisen  
Paul Stephan Messergasse 10-12

**JULIUS PERL**  
BAUMEISTER  
Breslau, Charlottenstraße 40  
Fernsprecher 807 31  
Bauberatung kostenlos  
Neu- und Umbauten, Reparaturen  
Fassadenabputz, Leitergerüste, Zimmerei

**Paul Berndt** Weidenburger Straße 4  
Fleisch und Wurstwaren

**Richard Scholz** Ofen- und Herdenbaugeschäft  
Breslau 10, Weidenburger Straße 8  
empfiehlt sich für alle einschlägigen Arbeiten

Die „Frauenwelt“ den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!  
**„Frauenwelt“**  
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.  
Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

**Hausfrauen kaufen prima Fleisch- und Wurstwaren** stets bei **Ernst Helde** in der Rittermarkthalle Stand 26

## Im Osten und Südosten

**Kauft Qualitäten im Sika-Wäschehaus**  
Winterwaren mit 10%  
**Sika-Wäschehaus**  
Klosterstraße 13, Ecke Feldstraße

**Eisenwaren u. Wirtschaftsartikel**  
kaufen Sie zu niedrigsten Preisen bei  
**Nosler & Moesner** Brüderstraße 38 Ecke Laurentzienstr.

**Buchhandlung Volkswacht**  
Breslau 2, Flurstraße Nr. 4 6

**Joh. Hammerling** Grünstraße 15 Ecke Palmstr.  
Loka-Geschäft  
Kolonialwaren \* Weine \* Spirituosen

**Buchdruckerei Volkswacht**  
Breslau 2 Flurstraße 4/6

**Fritz Kaps** Klosterstraße 7  
Fleisch- und Wurstwaren  
Als Brillen-Lieferant sämtlich. Krankenkassen empfiehlt sich  
**Optiker Artur Schwarzer**  
36 Klosterstraße 26  
Ich bitte, genau auf die Hausnummer zu achten

## Im Westen

**Schuhhaus FRIDA HANDKE**  
Leuthenstr. 28  
Qualitätswaren bei billigsten Preisen

**Breslau 6 Georg Eckstein / Spedition**  
Friedrich-Wilhelm-Straße 24 - Sammelruf 230 44  
Ausführung sämtlicher speditionstechnischen Arbeiten

**Kolonialwaren, Molkereiprodukte**  
beste Qualität - billigste Preise  
**Alfred Köpper**, Westendstraße 55

**Karl Borst jun.** Fabrikstr. 12a  
Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen, Sprachapparate  
Reparaturwerkstatt. - Teilzahlung gestattet

**Franz Rzehutka**  
Breslau 6, Aisenstraße 48, Ecke Leuthenstr.  
**Kolonialwaren**  
Bekannt durch beste Qualität  
billigste Preise, höchsten Rabatt

**Paul Gebauer**  
Passauer Straße 27 / Filiale Frankfurter Straße 31  
**Kolonialwaren, Konserven**  
Spez. Kaffee (Eigene Rösterei)

**Kolonialwaren**  
Eigene Kaffeerösterei  
**R. & J. Lux**  
Anderssonstr. 2 :: Leuthenstr. 52

**Möbel Dawid** in größter Auswahl zu billigsten Preisen  
Friedrich-Wilhelm-Straße 9 am Wachtplatz

**Schmelz ist und bleibt billig!**  
Friedrich-Wilhelm-Straße 25

**Moderne Drucksachen**  
unter Verwendung von **Qualitätspapieren**  
lieferiert billigst die **Volkswacht-Druckerei**

**Hier kauft die Arbeiter-, Angestellten- u. Beamtschaft in** **Dr. Lissa**

**Herrn-Friseur Erich Gude**  
Baronstr. 22  
im Hause des Legation  
Breslau-Lauschstraße

**Dogel-jüter Ritter** Kolonialwaren  
Friedrich-Wilhelm-Str. 53, Ecke Friedrich-Karl-Str.  
**Gaststätte Hermann Ripke**  
Familienlokal Frankfurter Straße 174

**Geld auf Pfänder**  
Gelegenheitskäufe  
**Leihhaus Rose**  
Friedrich-Wilhelm-Straße 61, Telefon 536 12  
u. Brandenburger Straße 24, Telefon 396 24

**Molkerei Emanuel Ksoll** Tel. 592 24  
empfiehlt voll- Mager- u. Buttermilch, butter, Weiß- u. Fettkäse in allerster Qualität aus eigener Molkerei.  
Ferner stets frisch zu den billigsten Tagespreisen alle Spezial-Fett- und Magerkäse in den Geschäften.  
**Aisenstraße 21**

**Bäckerei und Konditorei Richard Scholz**  
liefert das gute Brot prima Semmel und Kuchengebäck

## Im Norden u. Nordosten

**Leubowitz**  
sehr preiswert im Schuhhandel  
Breslau, Leubowitzstr. 25

**Feine Fleisch- und Wurstwaren** bei **K. Kämpke**, Hirsddstraße Nr. 76  
**Wo bleibt ihr Name?**  
Diese Frage müssen unsere Leserinnen und Leser unter Hinweis auf den „Weg weiter“ an die Geschäftsinhaber richten bei denen sie ihren Bedarf decken

**In Geldnot hilft Leihhaus Julius Grundmann**  
Trebmitzer Straße 21  
**Schuhwaren**  
aller Art, für Damen, Herren u. Kinder  
kauft tags zur beim Fachmann  
**H. Sonnabend**, Leubowitzstr. 22  
Reparaturen schnell und billig!

**Hausfrauen kaufen** die bekannt guten Fleisch- und Wurstwaren stets bei **Albert Stimmich**, Hedwigstr. 21, Ecke Sternstr.  
**Fisch Aberle**  
Matthias Str. 159

**Beste Fleisch- und Wurstwaren** kaufen Sie bei **Max Galleri**  
Gertrudenstraße 1

# Kabinett Schleicher lähmt die Wirtschaft

## Verlängerung und Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes für die Landwirtschaft beschlossen

Der Entwurf einer neuen Verordnung über den erweiterten Vollstreckungsschutz für landwirtschaftliche Betriebe ist vom Kabinett fertiggestellt worden. Der Vollstreckungsschutz soll danach bis nach der diesjährigen Ernte ausgedehnt werden. Den jetzt nur für Immobilien geltenden Schutz will man auch auf das bewegliche Vermögen ausdehnen. Heute wird das Kabinett bei der Erörterung wirtschaftspolitischer Fragen auch über die Reichsbürgschaft für Wohnungsreparaturen und Wohnungsteilungen entscheiden. Nach der vor kurzem erfolgten Ankündigung des Arbeitsbeschaffungskommissars wird eine solche Bürgschaft von neuem in Höhe von 50 Millionen Mark bewilligt.

A. Kr. Durch diese neue Verordnung, die das Präsidium des Landbundes von der Reichsregierung erprobt hat, wird die Reichsregierung der Gesamtwirtschaft Deutschlands einen neuen heftigen Stoß verleiht, und die sich in den letzten Monaten in den allerersten zarten Keimen zeigende Wirtschaftsbelebung wird dadurch sicher nicht verstärkt, sondern im Gegenteil aufs neue gedroht zu werden.

Es ist bei den Wirtschaftsmännern aller Richtungen heute unbestritten, daß die Wirtschaftsbelebung, der Wiederanstieg der Konjunktur bislang auch deshalb nicht recht vorwärts gekommen ist, weil der deutsche Kapitalmarkt immer noch völlig gelähmt ist, obwohl in der deutschen Wirtschaft zurzeit, wie am Ende aller Wirtschaftskrisen, eine außerordentlich große Geldflüssigkeit auf dem Geldmarkt besteht, das heißt, obwohl große Mengen Geldes in der Wirtschaft vorhanden sind, die zurzeit keine Anlage finden können und deshalb brachliegen. Die Kreditgeber sind aber zurzeit nicht zu bewegen, diese Gelder für langfristige Anlagen zur Verfügung zu stellen, während es bei dem Niedrigerliegen der Produktion und dem Stillliegen so zahlreicher Betriebe kurzfristig zurzeit nicht gebraucht wird, weshalb ja auch die Zinsätze für kurzfristige Kredite ganz außerordentlich stark gesunken sind. Es kommt in dieser Situation alles darauf an, daß diese auf dem Geldmarkt nicht unterzubringenden Gelder in den Kapitalmarkt abfließen, das heißt, zu langfristigen Anlagen bereitgestellt werden. Dieser Übergang vom Geldmarkt zum Kapitalmarkt ist aber zurzeit völlig verstopft und damit sind der Wiederbelebung der Wirtschaft, die nur mit langfristigen Anlagen geschehen kann, enge Grenzen gesetzt.

Die Ursache dieser Erscheinung ist das mangelnde Vertrauen der Kreditgeber in die Sicherheit ihrer Kredite. Dieses Vertrauen ist seinerzeit gründlich mit zerstört worden durch die falsche Wirtschaftspolitik der deutschen Reichsregierung, besonders durch die Notverordnung der Regierung Brüning vom Dezember 1931, in der zwangsweise die Zinsen für langfristige Anlagen herabgesetzt wurden, eine Maßnahme, gegen die wir uns damals sofort sehr energisch gewandt haben. Und dies Vertrauen ist vor allen Dingen dann später durch den Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft heillos zerstört worden. Wenn man nämlich den Landwirten gestattet, ihre Schulden und die Zinsen dafür längere Zeit hindurch nicht zu zahlen, ja sogar durch Geleitz verhinbert, daß, wenn die Schuldner nicht zurückzahlen, der Kreditgeber sich an dem Vermögen des Schuldners schadlos halten kann, so zerstört man bei den Kreditgebern jede Lust, noch weitere Kredite an die so geschädigten Schuldner zu geben, ja überhaupt das Vertrauen in die Möglichkeit, seine Kredite, wenn er das Geld selber einmal braucht, wieder zurückzubekommen. Heute, nach fünfzig Jahren, sind denn auch fast alle Wirtschaftswissenschaftler der Meinung, daß diese beiden genannten Maßnahmen mit zu den größten Fehlern der deutschen Wirtschaftspolitik der letzten Jahre gehören und daß sie wesentlich mit an der gegenwärtigen Sterilität des deutschen Kapitalmarktes schuld sind.

Wenn man diese Sterilität des deutschen Kapitalmarktes überwinden und damit die Bedingungen für eine wirkliche Wirtschaftsbelebung schaffen will, so muß man also vor allem das Vertrauen der Kapitalgeber in die Sicherheit ihrer Kredite wieder herstellen. Stattdessen aber wird den Kreditgläubigern in der geplanten Notverordnung ein neuer schwerer Schlag verfehrt, indem ihnen nämlich erneut bis zur Zeit nach der nächsten Ernte jedes Verfügungsrecht über ihr Vermögen, soweit sie es als Kredit an die Landwirtschaft gegeben haben, entzieht. Damit wiederholt man aufs neue und nach dazu in erweiterter Form den schweren Fehler, der vor fünfzig Jahren gemacht worden ist. In erweiterter Form deshalb, weil diesmal der Vollstreckungsschutz sich sogar auf das bewegliche Vermögen der landwirtschaftlichen Schuldner erstrecken soll. Hingru kommt, daß seinerzeit von der Reichsregierung immer wieder versichert worden ist, daß es sich bei dem Vollstreckungsschutz um eine einmalige Notmaßnahme handele, daß man aber den Gläubigern auf die Dauer die Verfügung über ihre Kredite nicht entziehen wolle. Dieses Versprechen, das freilich von einer anderen Regierung gegeben worden ist, wird nun von der neuen Regierung gebrochen. Die Folge davon muß sein, daß die deutschen Kreditgeber sich sagen werden: Wo besteht in Zukunft überhaupt noch Sicherheit dafür, daß ich jemals wieder in den Besitz der von mir gegebenen Gelder gelange?

Uebrigens wird nicht nur der langfristige Kredit auf diese Weise aufs schwerste geschädigt, sondern auch der kurzfristige; zum mindesten werden die Zinsen für den kurzfristigen Kredit auf diese Weise wieder in die Höhe getrieben, weil man nunmehr für kurzfristige Kredite, wenigstens soweit sie an die Landwirtschaft gegeben werden, eine erhöhte Risikoprämie verlangen wird. Die Folge davon ist, daß in einer Zeit und in einer Wirtschaftslage, in der die Senkung der Zinsen eine weitere wichtige Vorbedingung der Belebung der Wirtschaft ist, weil nur so die hohen Kosten der Produktion der Preisentfaltung angepaßt werden können, die Zinsen gewaltig wieder in die Höhe gedrückt werden. Infolgedessen muß der zarte Keim der Konjunkturbelebung, der gegenwärtig zu beobachten ist, durch diese Maßnahme des Kabinetts Schleicher auf das allererschwerste gefährdet werden. Diese Maßnahme ist ungehörig das unfinnigste, was man wirtschaftspolitisch gegenwärtig tun konnte.

Aber auch der Landwirtschaft dürfte in Wirklichkeit damit nicht gebient sein. Denn schon die erste Verordnung über den

Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft hat eine starke Kreditkrise in der Landwirtschaft zur Folge gehabt, weil sich die Kreditgeber der Landwirtschaft seitdem weiterer Kreditvergabe, auch der Hergabe kurzfristiger Kredite, enthalten haben. Das ist ja auch nur natürlich. So, sogar eine Diefekrise in Bezug auf die wichtigsten Produktionsmittel ist bei der Landwirtschaft daraufhin eingetreten; denn mit am stärksten werden von diesem Vollstreckungsschutz die Lieferanten von Produktionsmitteln für die Landwirtschaft betroffen. Sie müssen ihre eigenen Schulden und Rechnungen bezahlen; sie können aber für ihre Lieferungen keine Bezahlung bekommen. Die Folge davon wird sein, daß jetzt erst recht solche Lieferungen an die Landwirtschaft nur noch gegen Barzahlung erfolgen werden. Auch dies haben wir seinerzeit hier sehr deutlich betont. Von der Presse des Landbundes ist das heftig bestritten worden, aber die seitdem eingetretenen Tatsachen haben uns auf der ganzen Linie recht gegeben. Es hat nicht nur Proteste der Organisationen des Handwerks und des Handels gegeben, sondern auch Proteste der Kreditgenossenschaften für die Landwirtschaft und der übrigen Kreditinstitute, ja bei diesen Kreditinstituten für die Landwirtschaft ist sogar dadurch unmittelbar eine starke Liquiditätskrise hervorgerufen worden, die, wie die Generalversammlungen und Vorstandsberichte dieser Gesellschaften immer wieder gezeigt haben, diese Institute aufs schwerste gefährdeten. Und die Landwirtschaft hat seitdem oft sehr laut geklagt, daß niemand ihr mehr kreditieren wolle. Die Maßnahme ist deshalb auch vom Standpunkt der Landwirtschaft aus völlig verfehlt. Lediglich einige überschuldete Landwirte, die nichts mehr zu verlieren haben, haben davon Nutzen. Aber die Landwirtschaft als Gesamtheit wird dadurch nur geschädigt.

Und das um so mehr, als tatsächlich durch einen solchen Vollstreckungsschutz ja doch nichts geändert wird. Die notwendigen Vereinigungen in der Landwirtschaft werden nur um  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{1}{4}$  Jahr hinausgeschoben. Dann wird die Lage genau so sein wie jetzt; und wenn man dann nicht wieder eine Verlängerung des Vollstreckungsschutzes einführen will, wird man dann doch an die Auffassung der Güter gehen müssen, die durch völlige Uebererschuldung und Unrentabilität nun einmal auch durch die stärksten

wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht mehr zu halten sind. Endlich wird auch die Arbeitsbeschaffung durch diese Maßnahme gefährdet. Will man die Arbeitsbeschaffung nicht auf irgendeine inflationistische Weise mit all den verhängnisvollen Wirkungen, die von einer Inflation auf die Wirtschaft ausgehen, finanzieren, so muß die Finanzierung letzten Endes doch immer auf dem deutschen Kapitalmarkt zurückgreifen. Infolgedessen hängt auch das Gelingen der Arbeitsbeschaffungsaktion in hohem Maße davon ab, daß der deutsche Kapitalmarkt wieder leistungsfähig und leistungswillig wird, d. h. aber, daß das Vertrauen in die Sicherheit der Kredite wieder hergestellt wird. Indem dieses Vertrauen durch die geplante Maßnahme aufs neue zerstört wird, wird daher auch die Grundlage der ganzen Arbeitsbeschaffung aufs schwerste gefährdet.

## Regierung Boncour bleibt stur

und daher weiter in Gefahr. — Der Gegenentwurf der Sozialisten

Paris, 17. Januar. (Eigener Funkenbericht.) Der französische Ministerrat hat in einer dreistündigen Sitzung die Finanzpläne Cheronas endgültig gebilligt und den Finanzminister ermächtigt, sie in Form eines provisorischen Budgets für den Monat Februar am Dienstag nachmittags in der Kammer einzubringen. Die von dem Finanzminister angekündigte Veröffentlichung der wichtigsten Bestimmungen der Regierungsvorlage ist bisher unterblieben, da die Finanzkommission der Kammer gegen die vorzeitige Unterrichtung der Presse protestiert hat.

Die Lage der Regierung hat sich am Montag nicht gebessert. Es hagelte von allen Seiten Proteste gegen die Finanzmaßnahmen. So hat z. B. der Vorsitzende des Verbandes der französischen Steuerpflichtigen alle Mitglieder der Kammergruppen zur Verteidigung der Steuerpflichtigen aufgefordert, gegen jede Regierungsvorlage zu stimmen, die in irgend einer Form Steuererhöhungen vorsieht.

Paris, 17. Januar. (Eigener Funkenbericht.) Eine Abordnung des Kartells der Beamtenverbände hat am Montag den Vorstand der sozialistischen Kammerfraktion die Gründe auseinandergesetzt, aus denen heraus der Widerstand der Beamten gegen die Finanzpläne der Regierung erfolgt. Die Abordnung wird heute die gleiche Demarche bei der radikalen Kammerfraktion unternehmen.

# Prozesse ums tägliche Brot

## Ein neuer Erld. Monteur zu begaunern

Monteur arbeiten meist nicht an Ort und Stelle, sondern an allen möglichen Arbeitsplätzen, deren Entfernung von der Wohnstätte oft sehr erheblich ist. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, bestimmt der Metallarbeitervertrag, daß in Breslau, wenn der Arbeitsplatz mehr als acht Kilometer von der Stadtmitte entfernt ist, je eine halbe Stunde für den Hin- und Rückweg zu bezahlen ist. Das gefällt den Unternehmern nicht. Sie haben sich daher eine neue Form der Annahme von Monteur ausgedacht, die es ermöglicht, leider neuerdings mit Hilfe der Rechtspflege des Arbeitsgerichts, die Monteur um ihre Anmarschgebühren zu bringen.

Die Eisfirma Wolgram-Nieder-Salzbrunn hatte seinerzeit Arbeiten an der Schleuse Kantern übernommen und dabei auf Grund eines Abkommens mit der Stadt Breslau auch Breslauer Unternehmungsempfänger eingestellt. Der Monteur L. wohnte nun in Düring und hatte infolgedessen täglich zweimal 14 Kilometer, insgesamt also 28 Kilometer, zurückzulegen, nur um an die Arbeitsstelle zu gelangen. Da die Firma sich weigerte, den Anmarschlohn zu bezahlen, klagte er auf Zahlung der Zulage, wurde aber abgewiesen, da er — in Kantern in der Gebäude eingestiegen worden sei. Hätte die Firma in Breslau ein Büro und wäre der Monteur hier angenommen worden, so hätte die Zulage bezahlt werden müssen.

Wie wir vom Metallarbeiter-Verband erfahren, hat dieses Urteil allgemein zu einer nach diesem System gerichteten Praxis, Monteur nur an den Arbeitsstellen einzustellen, geführt. Das Arbeitsgericht hat hier also — den zeitlichen Machtverhältnissen entsprechend, zugunsten der Unternehmer — losjagen rechtsbildend in einen kollektiven Arbeitsvertrag eingegriffen, dessen Bestimmung bei Abschluß natürlich nicht so gedacht war.

## Sieben Termine um 9,56 Mark

Im allgemeinen dient das besondere Arbeitsgerichtsverfahren der schnellen Abwicklung arbeitsgerichtlicher Streitigkeiten. Aber es gibt Ausnahmen. Eine solche Ausnahme war der Prozeß eines von dem Arbeitersekretär Kollegen Hoff vertretenen Oshenjunger gegen den Gutsbesitzer Krater von Schwarzenfeldt. Beklagter Oshenjunger hatte sich erdreistet, eine rote Fahne aus seiner Fensterluke herauszuhängen und so den feindlichen Arbeitgeber in seinen heiligsten Gefühlen zu verletzen. „Selbstverständlich“ wurde der Junge sofort entlassen. Als er nun vor dem Arbeitsgericht die Wiedereinstellung forderte, weil die Entlassung aus einem politischen Grunde erfolgt sei, und darum eine Verletzung des Rechts der freien Meinungsäußerung zu erblicken sei, wurden allerdings noch andere Gründe angegeben. Er solle die Oshen roh behandelt haben und sei überhaupt übermäßig gewesen.

Da für den Fall der Nichtwiedereinstellung eine Entschädigung von rund 9,56 Mark, eines Wochenlohnes, geschätzt wurde, war der Prozeß auch der Schwere des Falles wert. Die Landarbeiterkammer des Arbeitsgerichts verwendete nicht weniger als sechs Termine an Gerichtsstelle und einen Resttermin (11) um diese Frage zu entscheiden und Herr Krater von Schwarzenfeldt, der übrigens selbst Laienrichter beim Arbeitsgericht ist, wurde dabei mit einer bemerkenswerter Aufmerksamkeit behandelt. Schließlich kam man dann doch zu der Ueberzeugung, daß der Herr Baron den Jungen nicht wegen der roten Fahne — was kommt ja gar nicht vor — sondern wegen Behinderungsmangel entlassen habe und wies ihn ab. Lediglich 1,80 Mark für den Kündigungstag gestand der beklagte Junker in wahrhaft großzügigem Edelmut dem Entlassenen aus freien Stücken zu.

## Kommunalarbeit in der UOR.

Mit welcher Eigenmächtigkeit sich die Kommunarbeit in öffentlichen Verwaltungen über die Rechte der Arbeiter hinwegsetzt, bewies am Dienstag eine interessante Verhandlung vor dem Arbeitsgericht. Der Betriebsrat der UOR beantragte im Beschlußverfahren den Erlass einer Anordnung, daß der Vorstand der UOR bei Anweisung von Ueberstunden sich zunächst mit dem Betriebsrat in Verbindung zu setzen habe. Die Klage wurde abgewiesen, da der Betriebsrat in der Verhandlung nicht erschienen war.

pernehmen mit der Betriebsvertretung angeordnet werden können.

Trotz dieser klaren Formulierung, hielt es der Kommissar Adler für richtig, dem Betriebsrat keinerlei Mitteilung davon zu machen, daß er zur Erledigung der Jahresabschlussarbeiten auf unbestimmte Zeit eine tägliche Ueberarbeit von drei Stunden bei Angestellten anordnete. Adler war überdies auch sehr verärgert, als er hörte, daß sich der Betriebsrat wegen dieser Angelegenheit mit dem Zentralverband der Angestellten in Verbindung gesetzt hatte, nahm schließlich keine Verfügung zurück, worauf sich aber letzterer Weise der Abteilungsleiter J. verpflichtet fühlte, für eine willige Ueberarbeit die Kellertrommel zu rühren. Natürlich sollte mit dieser „Freiwilligkeit“ der Betriebsrat erneut umgangen werden. Einige Angestellte, die entlassen werden sollten, zeigten sich unter diesem Druck auch in die Listen für die freiwillige Ueberarbeit ein, während die organisierte Kollegenschaft die Zumutung ablehnte. Grund genug, damit Herr Kommissar Adler sich über die „verrotteten“ Personalverhältnisse beklagte. Nach dem Grund dieser unparlamentarischen Beziehung befragt, erklärte er, unter den Angestellten finde sich eine Person, die die Wochenpresse ständig mit Material über die UOR versorge. Warum Herr Kommissar Adler seinen Verdacht gegen einen einzelnen bezieht und auf die ganze Angestelltenchaft der UOR überträgt, war nicht zu erfahren.

Da für die fernere Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Betriebsrat dieser unzureichliche Vorkommnisse wie Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht unerwünscht sind, kamen die Parteien schließlich zu einer Einigung, wonach sich der Vorstand der UOR selbst verpflichtete, Ueberstunden immer nur im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung anzuordnen. Raum aber war der Vergleich abgeschlossen, als der Kommissar sich nicht verneinen konnte, zu sagen: „Wir wollen nicht vom Angestelltenrat abhängig sein und werden eben neue Leute einstellen.“

## Diebstahlskontrolle im Zapfen

Warenhäuser müssen sich, das ergibt die ganze Art ihres Geschäftsbetriebes, vor Diebstählen schützen und Beschäftigten zu diesem Zweck meist besondere Ueberwachungsorgane. Frau Sch. war seit 1930 in einem bekannten Breslauer Warenhaus in dieser Weise als „Diebstahlskontrollleurin“ tätig. Wer aber meint, daß dieser Posten, der doch immerhin ein gewisses menschliches Vertrauen erfordert, besonders gut bezahlt sei, der irrt sich gewaltig. Im Gegenteil, die Firma sah angütlich darauf, daß Frau Sch. nie länger als drei Monate hintereinander bei ihr beschäftigt war, da dann nach dem Handelsgebuch die ausschließliche, tägliche künftige Beschäftigung von Handlungsgehilfen zu einem Dienstvertrag wird, der nach den Vorschriften des Handelsgebuches nur mindestens monatlich kündbar ist und auch sonst verschiedene Verpflichtungen für den Arbeitgeber mit sich bringt. Die Diebstahlskontrollleurin wurde also stets nur zur „Ausfülle“ angenommen, bei der Entlassung aber stets wieder für einen neuen Termin verpflichtet; außerdem wurde sie auch noch untertariflich bezahlt.

Frau Sch. war aber trotzdem sehr pflichtfertig, so pflichteifrig, daß es ihr schließlich die tagelöhnerartige Beschäftigung als Defektivin kostete. Sie sah eines Tages, wie ein Verkäufer mit einem lässlichen Kunden nicht in der geeigneten ersehnten Weise umsprang und meldete dies der Aufsicht. Der Verkäufer war aber kein gewöhnlicher Stehstagenprolet, sondern der Sohn des Herrn Chefs. Majestätsbeleidigungen werden stets streng geahndet und Frau Sch. daher prompt entlassen.

Vor dem Arbeitsgericht forderte sie nun Rückzahlung des ihr tariflich zustehenden Gehaltes und Bezahlung der Kündigungsfrist, da tatsächlich ein Dienstvertrag vorliegen habe. Da das Arbeitsgericht die Umgehung der Bestimmungen des Handelsgebuches auf Grund der Verhandlung als erwiesen ansah und gelegentlich hinsichtlich der Grundurteilung bereits zu Gunsten der Klägerin entschieden hatte, wurde mit Annahme einer offenen Ferienanspruchsdifferenz ihrem Antrag gemäß erkannt und die Firma wurde zur Rückzahlung von 24 Mark verurteilt. Was die Firma entgegen dem tariflichen Gehalt der Klägerin zahlen und zahlen sie Frau Sch. nunmehr gemäß Tariflohn zu wäre, ihr das kaufmännisch betrautet, auch wenn stiller gekommen.

# Aus der Umgebung

## Wochenendhaus ausgeraubt

In Sorkau-Koschenthal drangen Einbrecher in einer der letzten Nächte in das Wochenendhaus des Breslauer Kinderarztes Professor Dr. Aron Altes, was nicht mit- und nachgelassen wurde, mitgenommen und die Wohnräume wurden fast vollständig ausgeraubt. Zwei große Teppiche, sämtliche Betten, Matratzen, mehrere Anzüge, Schuhe, Gardinen, elektrische Kochgeräte, sogar den Telefonapparat nahmen die Einbrecher mit sich. Nachdem die ungeladenen Besucher an Ort und Stelle noch mehrere Flaschen Rum geleert hatten, verschwanden sie spurlos.

**Breslau. Jahreschau des Reichsbanners.** Am Sonnabend fand hier die Generalversammlung des Reichsbanners Breslau statt. Die der Jahresbericht ergab, haben sich die Mitglieder trotz der Ungunst der Zeit gehalten. Der Kassendirektor ist ebenfalls stabil. Die Neuwahlen ergaben einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes. Genosse Kothler gab anschließend in seinem Vortrage einen Rückblick und Ausblick über die politische Lage. Mit einem dreifachen „Freiheit!“ und dem Bannerlied fand die Versammlung ihr Ende.

**Steine. Generalversammlung der Partei.** Am 12. Dezember fand hier unsere Generalversammlung statt. Für den Geschäfts- und Kassendirektor wurde die Mitgliedschaft Entlastung. Anschließend sprach Genosse Korn über das Thema „Kampf unserer Partei im Kampfsjahr 1933“ und forderte zum Schluss auf fester denn je im Kampf zusammenzustehen. Bei der Vorstandswahl wurden folgende Genossen gewählt: Genosse A. Maiwald und Genosse Korn als Vorsitzende, Kassierer Alfons Grün und August Kandler, Schriftführer Wilhelm Kirchner und Heinrich Bunsel, Revisoren Frau Wilschod und Frau Maiwald. Ferner wurden als Delegierte zum Unterbezirksparteitag die Genossen Karl Gajting und Paul Scheeler gewählt. Genosse Hoffmann gab noch einen kurzen Bericht vom Konsum- und Sparverein vorwärts und forderte auf mitzuhelfen, die Genossenschaft lebensfähig zu erhalten. Zum Schluss dankte Genosse Maiwald im Namen aller Gewählten für das Vertrauen. Er schloß die Versammlung mit dem Ruf „Freiheit!“ und dem gemeinsamen Gesang „Brüder zur Sonne, zur Freiheit!“.

**Kant. Generalversammlung der SPD.** In der Generalversammlung der Partei begrüßte der 1. Vorsitzende Gen. Neugebauer zu Beginn die durch die Amnestie freigewordenen Opfer der Sondergerichte. Der von den Genossen Neugebauer

und W. Hoffmann vorgetragene Geschäfts- und Kassendirektor berichtete, daß die hiesige Ortsgruppe trotz dem begünstigten politischen Terrain in mühevoller Arbeit die Idee des Sozialismus gewirkt hat. Als Ergebnis erfolgte die Wiederwahl fast sämtlicher Funktionäre. Dann hielt Genosse Kleinert einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die politische Lage. Die Genossen Lede und Bettiger gaben in der Diskussion beachtenswerte Eingetragene zur Gewinnung von Mitgliedern und Volkswachtlern. Das Bestreben der Stadt Kant, das Weihnachtsfest den Volkswachtlern durch Zuteilung von Lebensmitteln angenehmer zu gestalten, fand in der Aussprache Anerkennung. Mit dem Kampfruf: „Freiheit!“ wurde die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Jobten. Verschiedenes.** Ein sehr dürftiges Ergebnis hatte eine auf Streikgebiet abgehaltene Treibjagd, bei der ein einziger Hahn geschossen wurde. — Der älteste Einwohner von Klein-Mierau, Rentier August Kaiser, feierte am 16. Januar mit seiner Gattin das Fest der goldenen Hochzeit.

**Jobten. Zur letzten Ruhe** wurde am Sonntag der am Tage seiner Silberhochzeit tödlich verunglückte Arbeiter Paul Buj gebettet. Zahlreich war das Grabgeleit von den Einwohnern Jobtens. Auch seine Leidenskollegen, die Volkswachtlern, hatten es sich nicht nehmen lassen, trotz ihrer fargen Unterstützung ein Scherlein für einen Kranz zu spenden. Eine Sammlung ergab noch einen ansehnlichen Betrag, welcher der Witwe übergeben werden konnte. Am Grabe sprach Genosse Thomas.

## Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt  
Sekretariat: Margaretenstr. 17. Gartenhaus (Neubau). Zimmer 170-171.  
Telefon 59061, 59061  
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9 bis 18 Uhr.

**Kattern. Mittwoch, den 18. Januar, 20 Uhr, beim Genossen Pfingst Frauabend. Rednerin: Genossin Lotte Bernert.**

**Neumarkt. Mittwoch, den 18. Januar, 20 Uhr, im Lokal „Gelber Löwe“ Generalversammlung. Redner: Genosse Kleinert.**

**Krauswitz. Donnerstag, den 19. Januar, 19 Uhr, bei Berthe Generalversammlung.**

**Stephansdorf. Donnerstag, den 19. Januar, 13 Uhr, im Lokal Pöhl öffentliche Erwerbslosenversammlung. Wir erwarten, daß alle Erwerbslosen erscheinen.**

**Schöndorf. Wie alljährlich, so veranstalten wir auch in diesem Jahre eine Reihe von Bildungskursen. Wir beginnen am Mittwoch, den 18. Januar, 19 Uhr, im Lokal Pöhl. Rednerin: Genossin Kewentlow. Wir erwarten, daß sich alle Mitglieder der Eisernen Front beteiligen.**

## Reichskammer Schwarz-Rot-Gold

Neumarkt, Sonntag, den 20. Januar, 20 Uhr, im Lokal „Gelber Löwe“ Generalversammlung. In der Jahreschau der Reichskammer haben alle Kameraden sowie Schiffe und Spielzeuge zu erlangen. Ein Referent vom Bau ist anwesend.

## Breslauer Produktensäfte vom 16. Januar 1933

Zentrale Notierungen der Breslauer Produktensäfte vom 16. Januar 1933. An der Börse im Großhandel verkehrte Preise für volle Wagenladungen (Ladungen in kleinen Mengen) im Reichsmarkt bei sofortiger Bezahlung. Für Kartoffeln 011 der Erzeugerpreise. (Weiß einischleiflich Handelswaren). Weizen, Roggen, Hafer und Gerste in 1000 kg = 1 Tonne. Weizen, Roggen, Hafer und Gerste in 50 kg. Kartoffeln 011 in 1000 kg = 1 Tonne. Kartoffeln 011 in 50 kg. Preis. 50 kg ab Erzeugerstation.

Tägliche amtliche Notierungen.		14. 1.	16. 1.
<b>Getreide</b>			
Weizen (schleiflich) neuer Ernte	14. 1.	16. 1.	
Hektoltergewicht von 76,0 kg, gut, gelund und trocken	184.00	184.00	
Hektoltergewicht von 74,0 kg, gut, gelund und trocken	180.00	180.00	
Hektoltergewicht von 72,0 kg, gelund und trocken	176.00	176.00	
Hektoltergewicht von 70,0 kg, gelund und trocken	170.00	170.00	
Hektoltergewicht von 68,0 kg, gelund und trocken	151.00	151.00	
Sommerweizen, hart, 1400 kg	147.00	147.00	
Roggen (schleiflich) neuer Ernte	110.00	110.00	
Hektoltergewicht von 71,0 kg, gelund und trocken	147.00	147.00	
Hektoltergewicht von 69,0 kg, gut, gelund und trocken	150.00	150.00	
Hafer, mittlere Art und Güte	110.00	110.00	
Braugerste mittlere Art und Güte	110.00	110.00	
Sommergerste mittlere Art und Güte	110.00	110.00	
Industrieernte, 65 kg	184.00	184.00	
Winterernte, 1402 kg	150.00	150.00	
Tendenz: Ruhig.			

Amtliche Notierungen für Mühlenzweignisse		14. 1.	16. 1.
Freundlicher	14. 1.	16. 1.	
eigenem 70%	24.00	24.00	Ausnahmeh!
oggenmehl 70%	14.00	20.00	30.00
Roggenmehl 65%, lages 1 RM, 60%, lages 2 RM, teurer.			30.50

## Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht!

## Familien-Anzeigen

Am 14. Januar 1933 verstarb nach kurzem Krankenlager plötzlich und unerwartet die Frau unseres Vereinskollegen **Hantke**  
**Emma Hantke**  
im Alter von 41 Jahren.  
Ihr Andenken werden in Ehren halten  
Die Mitglieder des Schärpenvereins der Güter-Abfertigung Breslau-Ost  
Einsäuerung: Freitag, den 20. Januar, nachmittags 1 Uhr, im Krematorium Gräbschen. 5036

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Breslau  
Am Sonnabend, 14. Januar 1933, um 12<sup>1/2</sup> Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Kassierer**  
**Karl Wolf**  
im Alter von 46 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau  
Einsäuerung: Freitag, den 20. Januar 1933, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gräbschen.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Breslau  
Am Sonntag, 15. Januar 1933, um 13<sup>1/2</sup> Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Schmid**  
**Gustav Kleinert**  
im Alter von 60 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau  
Einsäuerung: Freitag, den 20. Januar 1933, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Gräbschen.

GEBURTS-VERLOBLINGS- HOCHZEITS- TODES-  
**ANZEIGEN**  
liefert schnell die  
**Volkswacht-Buchdruckerei**  
Friedrichstraße 4/6, Fernruf Ring 1206 u. Ohle 3975

Empfehle  
**Dr. Oberblej. Steintohlen**  
und **Brille** sowie **Braunblei-Brille**  
u. Reis zu billigen Tagespreisen (Bühnenpreis)  
**Fritz Krause**  
Bühnenstr. 41 und  
Tauschplatzstr. 112

**Buchhandlung VOLKSWACHT**  
8 Markener Straße  
BRESLAU

**Verleiher (1933)**  
(Arbeitslose) von Bewerben von  
Verleiher (1933) von  
von wird sofort zugewandt.  
Oststr. 120/121, Post-  
schlüssel 366.

## Statt jeder besonderen Anzeige!

Sonntag vormittag um 1/3 10 Uhr starb nach langem Leiden, jedoch ganz plötzlich, mein innig geliebter Mann, der treueste Vater seiner drei Söhne, unser lieber Bruder, Schwager, Schwiegervater und Onkel

## Fritz Otto Hoche

Bankprokurist im Ruhestand

Breslau, den 17. Januar 1933  
Kantstraße 23

In tiefster Trauer:

**Frieda Hoche geb. Schreiber**  
**Peter Hoche**  
**Karl Hoche**  
**Richard Hoche**  
**Alice Cohn**

Die Einsäuerung findet statt: Mittwoch, den 18. Januar 1933, 15 Uhr nachmittags, im Krematorium Gräbschen.

Dem am 14. Januar entschlafenen

## Fürsten

## Hermann Hatzfeldt

Herzog zu Trachenberg

schuldet Schlesien dauernden aufrichtigen Dank. Als Oberpräsident und in den Organen der provinziellen Selbstverwaltung, als Mitglied und Vorsitzender des Provinziallandtages und zuletzt in den schweren Jahren von 1922 bis 1930 als Vorsitzender des Niederschlesischen Provinzialausschusses hat er seine hohen Geistesgaben und seine ganze Kraft mit einer bis ins hohe Alter hinein nie erlahmenden regsten Teilnahme für die Interessen unserer Heimat eingesetzt.

Sein Andenken soll stets in hohen Ehren bestehen bleiben.

Breslau, den 16. Januar 1933.

Der Vorsitzende  
des Niederschlesischen Provinziallandtages  
Bandmann

Der Vorsitzende  
des Niederschlesischen Provinzialausschusses  
Janolla

Der Landespräsident von Niederschlesien  
Dr. von Thaer

## STADTTHEATER

Dienstag, 21 bis 22.30  
Abend-Vorstellung E 9

## Ziefland

Mittwoch, 21 bis 22.30  
Abend-Vorstellung F 9

## Freiedemann Bach

Donnerstag, 19.30 bis geg. 23  
Tango um Mitternacht

## LOBETHEATER

Täglich 20.15 bis 22.15  
Kind im Schatten

## GERHART HAUPTMANN THEATER

Täglich 20.15-22.15  
Auslandreise

## Preiswerte Angebote

aus meinem  
**Möbelspeicher**

2 Bettstellen  
m. Matratze... 25.  
Chaiselongue... 18.-  
Speise-Tisch... 15.-  
Anschlitzsch... 15.-  
Schreibtisch...  
Eiche, modern 30.-  
Küchenbänke... 15.-  
Stühle... von 2.- an  
Teilszahlung gestattet!

## Brüderstr. 23

Giesel

## Spiseczimmer

Modernes  
Nußbaum, vollständig  
komplett RM 575.-

## S. Brandt & Co.

Gartenstraße 57  
Möbel für jedermann

## Knickerbocker

gute Qual., weiße Form  
7.00, 5.75, 4.50 3.00

## Möbelspeicher

Kleberstraße 21

## Gebrauchte und neue

**Grünge / Mäntel**  
Belen  
Lederjackett  
Geldsch. Brust- und  
Gesäßtasche  
Kostlos für alle  
E. Singer & Co.  
Ring 52, 501.

## Schauspielhaus

Operettentheater Ruf 363 00  
Täglich 2 X 4.30 und 8.15 Uhr

## Der neueste Operetten-Schlager

## Die Fahrt ins Abenteuer

Musik von Will Fanta

## WAPPENHOF

4.45 Uhr Das 8.30 Uhr  
sensationalste 2. Januar-Programm!

Trio Ellisor seriös-komisch: Exzentrik-Akt / Stambul & Co., ägyptisch-Universal-Akt / Großmann-Truppe, Handvollgeute u. Schleuderbrett-Akrobaten / 2 Siawinas in ihren Original-Verwandlungsstücken / Original Cory Comp., die holländischen eleganten Gymnastiker, Zahnkranz in höchster Vollendung / Max Wendeler, Humorist und Vortragskünstler, Des großen Erfolges wegen prolongiert mit vollständigem neuem Repertoire: Lisa Seebach u. Partnerin in ihrer Gesangsreihe: „Großmärtchen Treue“ / Ralph u. Charles, Spitzenleistungen exzentrischer Tanzkunst / The Myronas, sensationeller Balance-Akt / 3 Actons, Ikarische Spiele. — Wappenhofwacker: Neuestes aus aller Welt.

Ab 8 Uhr: Breslaus größter und vielseitigster 2 Kapellen BALL Vollprogramm unter Mitwirkung des Singsängers Felix Ebner. Nachmittags 30 Pl., abends 50 Pl.

## So geht das nicht weiter!

Wir haben an der falschen Stelle geparkt, unserer Konkurrenz die Taschen gefüllt.

Von morgen an erscheinen unsere Anzeigen wieder in der unentbehrlichen Volkswacht!

## Bitte

bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

## Schrank

neue Kleider- und Wäschekasten, poliert, Schließvorrichtung, Eiche, lackiert 65.-

Tischlerei Herzogstraße 32

## Brüderstr. 23

Giesel

## Brüderstr. 23

Giesel

## Brüderstr. 23

Giesel

## Brüderstr. 23

Giesel

## Brüderstr. 23

Giesel

## Brüderstr. 23

Giesel

## Brüderstr. 23

Giesel

## Brüderstr. 23

Giesel



# Verfolgte Wahrheit

## Professorenhege als Gesellschaftsspiel - Die „geistigen“ Vorbilder der nationalsozialistischen Völkerr Herrschaft

Die Fälle Dehn, Gumbel, Sohn, in denen freiherrlich bestimmte Universitätslehrer von dem studentischen Vöbel oder von den eigenen Kollegen zur Einstellung ihrer Vorlesungen gezwungen wurden, lassen deutlich erkennen, in welcher Gefahr sich die Gedankenfreiheit in Deutschland befindet. Die Praxis, die geistigen Führer des Volkes zum Schweigen zu bringen, um dann in aller Ruhe den andern das Fell über die Ohren zu ziehen, ist unalt.

Die Waffen freilich, mit denen man den Geist bekämpft, waren nicht immer die gleichen. Mit den massivsten Unterdrückungsmethoden war die römische Kirche zur Hand. Den Entdecker des physikalischen Himmelsystems, Kopernikus, rettete nur der Tod vor der Verfolgung des Inquisitionsgerichts. Um so schlimmer erging es seinem Schüler, dem Italiener Giordano Bruno. Dafür, daß er es wagte, die weltanschaulichen Konsequenzen aus dem kopernikanischen System zu ziehen, wurde er sechs Jahre lang gefangen gehalten, wiederholt gefoltert und „ohne Blutvergießen“ im christlichen Geist der Liebe im Jahre 1600 in Rom öffentlich verbrannt. Ein anderer Anhänger der kopernikanischen Lehre, Galileo Galilei aus Pisa, der Zeuge von Brunos Märtyrertod gewesen war, wurde ebenfalls vor das Inquisitionsgericht geladen, eingekerkert und höchstwahrscheinlich auch gefoltert. In seiner Hilfslosigkeit - er war ein kränklicher Greis von 69 Jahren - widerrief er seine Lehre. Er wurde freigelassen, aber bis zu seinem Lebensende polizeilich überwacht.

Die Tatsache, daß sich die Erde um die Sonne dreht, und daß folglich der jüdische Held Josua die Sonne nicht gut stillstehen lassen konnte, war dennoch nach 1642 nicht mehr wappzuliegen - wenn sie auch das biblische Weltbild in das Reich der Kindermärchen verwies und der kirchlichen Autorität einen empfindlichen Stoß versetzte. Dafür suchte man die übrigen Machtpositionen der Kirche zu halten, und zwar auch der evangelischen, deren „Gewissensfreiheit“ nur eine schöne Phrase war. Die bürgerliche Aufklärung bemühte sich, Religion anstatt auf die biblische „Offenbarung“, d. h. den Wunderglauben, auf die Vernunft zu stützen und eine „Naturreligion“ zu predigen. Diese Idee, die sich von den Philosophen Spinoza und Leibniz herleitete, wurde in Deutschland namentlich von dem Universitätsprofessor Christian Wolff in Halle oekohrt. Dieser hervorragende Schüler Leibnizens erfreute sich europäischer Berühmtheit; die Akademie in Petersburg bemühte sich um ihn, die Akademien zu London und Paris ernannten ihn zu ihrem Mitglied. Das hinderte aber seinen Landesherren, Friedrich Wilhelm I., nicht ihn ohne Untersuchung aus dem Amt zu jagen. Zwei Gemaßdenheiten, die Generäle von Röhmer und von Pöben, hefteten den König auf: Wenn der Mensch, wie Wolff lehrt, nicht der unbedingte Herr seines Willens sei könnte man ja einen Defektor für straffrei erklären? Wo bliebe denn da die Disziplin? Die Frage war die Kabinettfrage vom 8. November 1723: „Der Christian Wolff hat binnen 48 Stunden die königlichen Länder zu räumen, und zwar bei Strafe des Stranges.“ Wolff ist in Marburg mit offenen Armen aufgenommen und 1740 von Friedrich II. ehrenvoll zurückgeholt worden. Kommt war nur der „königliche Korporal“, der für seine Kommissärsziplin gestiftet hatte.

Damit hörten aber die Drangsalierungen der Wissenschaft in Preußen nicht auf. Selbst der große Immanuel Kant in Königsberg hat mit 70 Jahren einen Akt bekommen, in dem stand: „Unsere höchste Person hat schon seit geraumer Zeit mit großem Mißfallen ersehen, wie Ihr Eure Philosophie zur Entstellung und Herabwürdigung mancher Haupt- und Grundlehren der Heiligen Schrift und des Christentums mißbraucht... Wir verlangen des ehesten Eure gewissenhafte Verantwortung, und gewärtigen uns von Euch, daß Ihr Euch künftighin nichts dergleichen werdet zuschulden kommen lassen, sondern vielmehr... Euer Ansehen und Eure Talente dazu anwenden, daß unsere landesväterliche Intention je mehr und mehr erreicht werde, widrigenfalls Ihr Euch... unfehlbar unangenehmer Verfügungen zu gewärtigen habt.“ Unterzeichnet ist dieser Wiß von dem Minister Wöllner, den Friedrich der Große einen „betrügerischen intriganten Pfaffen“ gestimpft hatte. Kant unterwarf sich und las erst nach Friedrich Wilhelms II. Tode, 1797, wieder über religiöse Gegenstände.

Man droht unliebhabern Professoren im 19. Jahrhundert nicht mehr mit dem „Strang“, man fertigt sie auch nicht mehr ein, spannt sie nicht mehr auf die Folter und führt sie nicht mehr auf den Scheiterhaufen. Aber man macht sie mündtot. So ist es Ernst Morik Arndt ergangen, der als Geschichtsprofessor in Bonn, nur weil er offen für die großdeutsche Idee eingetreten war, einer jahrelangen Untersuchung durch preussische Behörden, dann durch die berüchtigte „Zentraluntersuchungskommission“ in Mainz unterworfen und ohne Urteilspruch auf 20 Jahre, 1820 bis 1840, der Lehrerlaubnis beraubt wurde - ohne daß man ihm freilich sein Gehalt entzog.

Noch skandalöser freilich war das, was sich 1837 in Göttingen zutrug. In der altberühmten hannoverschen Universitätsstadt war durch eine Miniaturrevolution im Jahre 1831 eine Verfassung erzwungen worden, die 1833 in Kraft trat. Die erste Regierungshandlung des neuen Königs von Hannover, Ernst August von Cumberland, war, als er 1837 auf seinen Bruder Wilhelm IV. folgte, dieses „Staatsgrundgesetz“ aufzuheben und auf Grund der „Verfassung“ von 1819 absolutistisch zu regieren. Gegen diesen Staatsstreich des bereits 67 Jahre alten, in England gründlich verhassten Fürsten setzten sich sieben Göttinger Professoren zur Wehr: Wilhelm Albrecht, Christoph Dahlmann, Heinrich Ewald, Georg Gottfried Gervinus, Wilhelm Weber und die Brüder Jakob und Wilhelm Grimm. Sie wiesen in würdiger Form darauf hin, daß sie sich an den Eid gebunden fühlten, den sie auf die Verfassung geleistet hätten, und einen solchen Eidbruch, wie er ihnen zugemutet würde, weder vor sich noch vor ihren Schülern verantworten könnten. Die Antwort des Königs war die stilllose Entlassung. Jakob Grimm Dahlmann und Gervinus wurden als die Rädelsführer sogar des Landes verwiesen.

Ein Schrei der Entrüstung gellte durch ganz Deutschland, als dieser Gewaltstreich bekannt wurde, vor dem sogar Metternich aemart hatte. Es wäre zu wünschen, daß sich das deutsche Volk heute, da man mit demselben Terror gegen die Freiheit des Geistes miltet, ebenso geschlossen zur Wehr setze. Dr. S.

### Verurteilte Blünderer

Das Schnell-Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte zwei junge Leute im Alter von 20 und 24 Jahren zu je einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis. Die Angeklagten hatten sich gemeinsam mit mehreren anderen erwerbslosen Jugendlichen an der Blünderung eines Milchgeschäftes in Berlin-N. beteiligt.

### Wo ist Hinfler?

Der englische Flieger Hinfler, der zu einem Flug nach Australien startete, ist bereits seit acht Tagen verschollen. Es wird befürchtet, daß Hinfler in den Alpen, etwa fünf bis zehn Kilometer von St. Morik entfernt, abgestürzt ist. Die Maschine wird jetzt in dieser Gegend gesucht.

### Theaterbrand in Rotterdam

Das größte holländische Theater bis auf die Grundmauern abgebrannt

In dem Rotterdamer Theater „Arena“, das das bisher größte holländische Theater darstellte, brach gestern früh gegen 5 Uhr ein Brand aus, der bald eine gewaltige Ausdehnung annahm und in wenigen Stunden das umfangreiche Gebäude bis auf die Grundmauern zerstörte. Die Vöharbeiten wurden durch den starken Frost sehr erschwert. In der Nacht war in dem Gebäude die Generalprobe für die neue Operette „Bendita“, deren Erstaufführung am Nachmittag erfolgen sollte. Die Generalprobe war um 14 Uhr morgens beendet, und kurz darauf war das Theater gänzlich verlassen. Als die ersten Motorwagen der Feuerwehr erschienen, fand der gesamte Aufführungssaal bereits in hellen Flammen. Die Feuerwehr mußte ihre ganzen Anstrengungen darauf richten, die in der Nähe befindliche Postanstalt und den angrenzenden Zoologischen Garten zu schützen. Um 14 Uhr konnte die Gefahr einer weiteren Ausdehnung des Feuers als beseitigt angesehen werden. Der angerichtete Schaden ist sehr groß.

### Schauerliches Drama im Weinberg

In einer ungarischen Landgemeinde hat sich Sonnabend in einem Weinberg ein schauerliches Familiendrama abgespielt. Die Frau eines Wingers, die mit ihrem Manne in kändigem Habes lebte, sagte den teuflischen Plan, ihn lebendigen Leibes zu verbrennen. Nachdem sie den Rückenherd tüchtig angeheizt hatte, forderie sie ihren minderjährigen Sohn auf, ihr behilflich zu sein, den bereits im Bett liegenden Vater mit einem Strich zu fesseln. Der unglückliche Mann wurde hierauf auf die glühenden Herdplatten gelegt. Auf seine fürchterlichen Schmerzensrufe stürzten die Nachbarn herbei, die den bereits bewußlos gewordenen nur mit großer Mühe aus seiner furchtbaren Lage befreien konnten. Die entmenschte Frau verzweckte hierauf, von Gewissensbissen geplagt, sich mit einem Strich zu erhängen, doch verweilte ihr Sohn dies Vorhaben. Als jedoch später Gendarmen den Knaben verhörten, gelang es ihr, in einem unbewachten Moment sich in den Hofbrunnen zu stürzen, von wo man sie nur mehr als Leiche bergen konnte. Der Winger liegt mit sehr schweren Brandwunden hoffnungslos darnieder. Das Strafverfahren wird gegen den minderjährigen Sohn des Ehepaares eingeleitet werden.

### Erdrutsch in Frankreich

In dem Weinort Rochecorbon bei Tours ereignete sich ein bedeutender Erdrutsch, wobei vier Häuser zum Teil zerstört und drei ihrer Bewohner getötet wurden. Mehrere Bewohner wurden verletzt. Ein Brand, der in einem der zerstörtesten Häuser, wahrscheinlich infolge Bruches der Gasleitung, ausbrach, konnte von der Feuerwehr nach kurzer Zeit gelöscht werden. Eine Abteilung Soldaten ist mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt.

Bei dem Erdrutsch in Rochecorbon wurden zwei Frauen schwer verletzt. Die Aufräumungsarbeiten wurden am Montag bis in die Nacht fortgesetzt. Am Dienstag morgen wurden sie wieder aufgenommen. Die Arbeiten werden ziemlich lange Zeit in Anspruch nehmen, da etwa 20 000 Tonnen Erd- und Felsmassen abgeräumt sind. Ein anderer Teil des Berges droht gleichfalls abzustürzen, so daß umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden sind. Wenn er heute nicht von allein abstürzen sollte, wird er mit Dynamit gesprengt werden, um eine neue Katastrophe zu verhindern.

### Krebs vor Gericht

Vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I. Berlin, begann am Montag eine auf mehrere Tage berechnete Verhandlung gegen den Inhaber des Berliner Krebsheilinstituts Mehlhorn. Mehlhorn wird der jahrelangen Fötung einer Krebsstrankung beschuldigt. Das Schöffengericht Berlin-Weidlingbar hat ihn wegen dieses Verbrechens vor einiger Zeit zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die neue Verhandlung soll nun klären, ob der Angeklagte seine Verurteilung gegen dieses Urteil zu recht eingelegt hat.

Die Sitzung weitete sich schon am ersten Prozeßtag zu einem regelrechten Verstelekonate aus. Die Staatsanwaltschaft hat als Sachverständige Sanitätsrat Dr. Lippmann, die Gerichtsärzte Freiherr von Wahrenholz, Professor Frankel, Professor Dr. Blumenthal vom Krebsinstitut, Dr. Bastianer, den Inhaber des Lehrstuhls für Homöopathie an der Berliner Universität, und noch zwei andere Aerzte geladen; die Vertreter Professor Dr. Kullz-Dresden, der Bruder des dortigen Oberbürgermeisters, den Chirurgen Dr. Hochbauer, Dr. Lewin vom Vishapatrischen Institut und den Homöopathen Dr. Steinhil.

Die Krebsleidende Patientin, die der Angeklagte jahrelang getötet haben soll, hatte ursprünglich von einem Arzt den Rat zur Operation bekommen. Den gleichen Rat gab der Angeklagte Mehlhorn der Patientin. Die Patientin hat jedoch diesen Rat unter der Begründung, daß sie sich nicht verstümmeln lassen wolle, in beiden Fällen abgelehnt. Erst daraufhin hat Mehlhorn die Krebsstrankung mit verschiedenen Salben und mittels eines Wärmeheilverfahrens behandelt. Diese Behandlung verhinderte jedoch nicht, daß die Erkrankung, die anfangs nur eine Brustleite ergriffen hatte, sich auch auf die andere Brustleite ausdehnte. Die Kranke starb. Das Schöffengericht Berlin-Weidlingbar glaubte, den Angeklagten für diesen Todesfall verantwortlich zu machen. Es war der Meinung, daß der Angeklagte Mehlhorn gegen die anerkannten Regeln der Schulmedizin verstoßen und mit unzulässigen Mitteln praktiziert habe.

Mehlhorn erklärt nun vor Gericht, daß die betreffende Krebsstrankung ihn erst zu einer Zeit aufgesucht habe, als das Leiden schon soweit fortgeschritten gewesen sei, daß sowieso nicht nur mit der Erfolglosigkeit einer Operation, sondern auch mit dem Tode hätte gerechnet werden müssen. Ergänzend führen die Verteidiger aus, daß die an den Universitäten eingerichteten Lehrstühle für Homöopathie, Biochemie und Naturheilkunde ein deutlicher Beweis dafür seien, daß es eine Schulmedizin im alten Sinne nicht mehr gäbe. So gestaltet sich im Ringen der Vertreter beider Richtungen der jetzige Berliner Krebsprozeß zu einem Streit zwischen Schulmedizin und Naturheilkunde.

### Geisteskranker im Justizgebäude

Im Oberlandesgericht Köln erschien im Zimmer eines höheren Gerichtsbeamten ein ehemaliger Kaufmann, der dem Beamten eine Zeitungsnote vorlegte. Als der Beamte die Note las, ergreift er von dem Eindringling einen Schlag mit einem Holzschläger auf den Kopf, wodurch er erheblich verletzt wurde. Es entspann sich ein Kampf, in dem der Kaufmann übermächtig wurde. In seinem Besitz befanden sich außer dem Holzschläger ein Gummitüppel, ein Kanonenknüttel und vier Krallfrösche. Der Mann, der anscheinend geisteskrank ist, wurde in eine Krankenanstalt zur Beobachtung seines Geisteszustandes eingeliefert.

### Willi Burmeister gestorben

Der international bekannte Geigenkünstler Willi Burmeister erlag gestern in Hamburg einem Herzschlag. Burmeister war am Sonnabend von München in seiner Vaterstadt Hamburg eingetroffen, wo er in den nächsten Tagen ein Konzert geben wollte. Am abend besuchte er noch eine Aufführung in der Hamburger Oper. Burmeister stand im 64. Lebensjahr. Er begann bereits als Siebzehnjähriger seine Konzertreisen, die ihn in alle Länder der Erde führten.

### Gattenmörderin

Die 23jährige Landwirtschekfrau Frieda Schenk aus Grüneberg bei Dranienburg wurde unter dem Verdacht der Anstiftung und Mithilferschaft des Gattenmordes verhaftet und in das Gefängnis Neuruppin eingeliefert. Der 33jährige Landwirt Schenk ist am Nachmittag des 21. Dezember v. J. am Eingang seines Gehöfts erschossen aufgefunden worden. Frau Schenk ist insbesondere deshalb tatverdächtig, weil sie nach Feststellung der Kriminalpolizei bereits vor längerer Zeit einmal den Versuch machte, ihr bekannte Ortseinwohner zur Ausführung eines Mordes anzuspornen. Der eigentliche Mörder selbst ist noch nicht gefaßt; man glaubt, daß der Täter ein einige Zeit bei Schenk beschäftigter Knecht gewesen ist.

# Gambo und Jocko eine lustige Löwengeschichte

Von G. Th. Rotman



107. Wehe! Wehe! Es ist das rennende Pferd mit der rummelbummenden Trommel auf seinem Kopfe! Aus dem Wege, wenn euch das Leben noch teuer ist! Schleunigt aus dem Wege! Seht ruhig! Da lassen die Vollgippen den Löwen loslassen und pöden sich eiligst weg! Der Gips zerbricht, und Gambo ist frei!

108. Fort eilt er durch die Straßen, bis er Jocko wieder begegnet. Schnell nimmt er seinen Freund auf den Rücken und zu zweien rennen sie weiter. Der Schreden und das Entsetzen sind überall groß, und wie unerwartet sich die Leute das Leben retten müssen, das steht euch nur auf dem Bilde an!

Mein Arbeitstag — mein Wochenende

Vor einiger Zeit veranstaltete der Textilarbeiterverband einen Wettbewerb, in dem er seine weiblichen Mitglieder auf...

Sehr früh am Morgen beginnt der Arbeitstag. Zuerst gibt es im Hause allerlei zu verrichten. Dann wird hastig eine Tasse...

Neben der Betriebsarbeit steht die Arbeit im Hause. Sie ist ohne jeden Uebergang meist in ermüdetem Zustand zu...

Der ledigen Arbeiterin geht es noch leidlich. Auch sie zermüht der eintönige Trost der Arbeit, auch sie hat zu...

Gewiß scheinen die rührenden Beweise von Mutterliebe, die gerade die unehelichen Mütter liefern, dem zu widersprechen...

150 der eingegangenen Arbeiten hat der Textilarbeiterverband in einem Sammelbande veröffentlicht.

150 Berichte „Mein Arbeitstag — mein Wochenende“ von Textilarbeiterinnen sind tatsächlich ein Querschnitt durch die...

Die bemerkenswerten und sicherlich umfassendsten Untersuchungen über die „ganz gewöhnliche“ Erkältung werden seit...

Neben der Impfung gibt es zahlreiche andere angeblich unfehlbare Methoden, um Erkältungen vorzubeugen.

Während der Grippeepidemie des Jahres 1918 stellten amerikanische Ärzte fest, daß in Fabriken, deren Luft mit Chlor...

Zu den anzuweisbarsten Methoden, Erkältungen vorzubeugen, gehören wohl die Versuche, ihnen durch eine bestimmte...

Heiße Bäder

In der Bäderkunde hat man auf dem Gebiete des heißen Badens bedeutende Erfahrungen gemacht.

Im Mittelalter und bereits im Altertum waren tödliche Folgen heißer Bäder an der Tagesordnung.

Aber selbst die Temperaturen genügten bald nicht mehr, und man ging dazu über, Kautempfbäder und elektrische...

Das ist ein Irrtum, zu glauben, man könne Krankheiten auskurieren. Bei Streptokokkeninfektionen des Körpers kann...

Bei rheumatischen oder anderen Beschwerden bekämpfen will, der beachte immer daß zu Hause ebenso wie in Kurorten und da...

Aber auch kaltes Baden oder Schwimmen ist nicht jedem zuträglich, ebenso wenig wie kaltes Duschen!

Väterliche Belehrung
„Hobba, ganz ganz kleine Fräule.“
„Was willst denn schon wieder?“

Eudosscha

Von M. Kollow

„Du, Onkel, bist du ein Wirtschaftler?“ fragt Eudosscha, Bekanntheit eröffnend, kaum daß sie es sich auf meinen...

„Wie kommst du auf so etwas, Kleines?“

„Na, weil du eine so runde Frage hast! Zu uns kam Onkel, der war Wirtschaftler, und Mutter sagte, die hätten...

„Ich habe ja gar kein rundes Gesicht, Eudosscha. Ich bin auch kein Wirtschaftler, ich bin ein Schriftsteller.“

„Doch ist dein Gesicht rund, hast du aber auch ein Gewerbe bläueln?“

„Gewiß, Eudosscha, so ein wenig. Du nimmst am Ende wohl selbst daran teil?“

„Bei uns nehmen alle Kinder daran teil. Wirst du, können wir gleich mit Kollektivarbeit beginnen.“

„D, das wird aber sein werden!“

Und Eudosscha singt revolutionäre Lieder, zwar nicht gerichtet, doch mit viel Beavouir und Begeisterung.

„Aber, Eudosscha, so etwas tut man doch nicht!“

„Darf man denn das nicht? Du solltest ja riechen, was wir zu Mittag gehabt haben.“

Eudosschas Vater ist Maschinenmeister auf einer der größten Fabriken.

Eudosscha versteht auch schon zu sagen: „Verdammt Cholera“, „Gautepfel“ und „Luder“.

Die Einübung der Kollektivtugenden ist ganz unerklärlicher Weise dem Programm der körperlichen Erziehung einverleibt.

Das ist ein Irrtum, zu glauben, man könne Krankheiten auskurieren. Bei Streptokokkeninfektionen des Körpers kann...

Bei rheumatischen oder anderen Beschwerden bekämpfen will, der beachte immer daß zu Hause ebenso wie in Kurorten und da...

Aber auch kaltes Baden oder Schwimmen ist nicht jedem zuträglich, ebenso wenig wie kaltes Duschen!

Väterliche Belehrung
„Hobba, ganz ganz kleine Fräule.“
„Was willst denn schon wieder?“

Beim ein Ammenmärchen
Daß Großmütter mit mehr oder weniger Geschick die beruflich verhinderte Mutter vertreten, ist keine Seltenheit.